

Seite 1
Lohn in
und groß
e i Ten
ne
Die
tu

Sozialdemokratie

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Havlíčkovo nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. vierteljährlich 48.— Kč, halbjährlich 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120.— öK, für Deutschland 16.— k. Postsparkassakonto 57544. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Kriegsgefahr in der Adria?

Jugoslawische und italienische Truppenkonzentrierungen.

Rom, 4. Oktober (Ag. Stef.) Die Blätter veröffentlichen folgende Mitteilungen der jugoslawischen Gesandtschaft:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Regierung von Tirana mobilisiert, Truppen an den Grenzen Jugoslawiens konzentriert und die Demarkationslinie verlegt, sieht sich die Regierung des Königreiches SHS gezwungen, die Befestigungen an den albanischen Grenzen zu verstärken, um Ueberraschungen vorzubeugen.“

Die „Tribuna“ charakterisiert die Note als unglücklich und überraschend. Das Blatt sagt: Die Note stellt ein ungewöhnlich ernstes Ereignis dar. Offenbar will sich Jugoslawien der nördlichen Tore Albanien bemächtigen, aber nicht einmal Großbritannien konnte Serbien während der letzten Verhandlungen zwischen den Alliierten gestatten, daß es Albanien plötzlich überfalle. Wir hoffen, daß della Torretta in dem Gespräch, welches er mit dem jugoslawischen Gesandten hatte, eine energische Sprache führt und ihm klargemacht habe, daß die italienische öffentliche Meinung einen Angriff auf die Unabhängigkeit Albanien nicht dulden könnte. „Epoca“ sagt, daß das Vorgehen Jugoslawiens, welches die Welt vor eine fertige Tatsache stellen soll, eine Beleidigung des Völkerbundes sei.

Die albanische Frage, die schon so oft den europäischen Frieden gefährdet hat, nimmt also wieder einmal ernste, ja bedrohliche Formen an. Die Ankündigung der jugoslawischen Regierung weckt in Italien die Befürchtung, daß das Königreich S. P. S. die albanischen Unruhen benützen will, um gegen die Schlüsselstaaten des adriatischen und jonischen Meeres, Durazzo und Valona, vorzudringen. Dadurch sehen sich die Italiener an einem lebenswichtigen Punkte bedroht und so verdrängt sich ihre Sprache, die schon gelegentlich der westungarischen Frage des öfteren ernst genug geklungen hat, zur einer scharfen Warnung. Die letzten Friedensverträge haben eben durch die Schaffung eines großserbischen Staates das Problem der Adria für Italien schmerzlicher und brennender gemacht, mit eifersüchtiger Wachsamkeit verfolgt es den Ausdehnungsdrang des gefährlichen Konkurrenten. Für Europa fügt sich der neue Streitfall in die beängstigende Kette der Gefahren ein, die seinen Frieden schon genugsam in Frage stellen, ringsum sieht sich Europas Menschheit, wenn sie nach Polen, Rußland, Bessarabien und Oberschlesien blickt, von lauter Kriegsmöglichkeiten umwittert. Die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei im besonderen muß doppelt auf der Hut sein. Verbindet doch unseren und den südslawischen Staat ein weitgehender, in seinen letzten Verpflichtungen gar nicht bekannter Vertrag. Die von Venesich betriebene Geheimdiplomatie könnte uns binnen kurzem vor die Notwendigkeit stellen, den südslawischen Ansprüchen auf die Adria zuliebe neue Kriegsgesetze über uns ergehen zu lassen. Solchem düsteren Ausblick gegenüber hat die Arbeiterschaft aller Nationen nur die eine heilige Pflicht, dem Krieg der Imperien und Kapitalisten gegen den Krieg zu erklären.

Änderung der internationalen Politik Englands?

London, 4. Oktober. (Tsch. P. B.) Zu den Konferenzen, die der Premierminister Lloyd George in Gairloch mit Sachverständigen des Handels und der Finanzen hatte, berichtet „Daily Mail“, ein wichtiger Teil der Erörterungen sei den deutschen Reparationszahlungen gewidmet gewesen. Es besteht die Möglichkeit, daß Änderungen von größerer Bedeutung in der internationalen Politik des britischen Reiches das Ergebnis der Gairlocher Konferenzen sein könnten.

Anf dem Wege zur Einigung.

Die Anfrage der Sozialdemokraten an die Unabhängigen, ob sie geneigt wären, in eine Regierungskoalition einzutreten, und die Antwort der Unabhängigen in Hinblick auf den nicht nur die Unabhängigen verstimmen den Görlicher Parteitag als bedeutsame Annäherung der beiden Arbeiterparteien betrachtet werden. Wenn die S. P. D. an uns die Frage stellt, so antworten die Unabhängigen, „ob und unter welchen Bedingungen die U. S. P. bereit wäre, in das Kabinett einzutreten, so müssen wir (die Unabhängigen) vor der Beantwortung dieser Frage unsererseits fragen, ob alle Koalitionsparteien dazu bereit sind, mit der U. S. P. D. eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung obensiehender Forderungen als ihr Mindestprogramm betrachtet.“ Dies ist keine absolute Ablehnung und wird auch von den Sozialdemokraten nicht als solche empfunden. Im Gegenteil! Der „Vorwärts“ begrüßt diesen Beschluß der U. S. P. als ein hochbedeutungsvolles Ereignis. Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokraten, der Berliner „Vorwärts“ schreibt:

„Es darf darum nicht der leiseste Zweifel daran bestehen, daß die sozialdemokratische Partei den Beschluß der U. S. P. mit dem größten Ernst behandeln wird, daß sie ihn keineswegs bloß als einen Zug in einem politischen Schachspiel betrachtet, der durch Gegenzüge wieder ausgeglichen wird, sondern daß sie in ihm ein politisches Ereignis erblickt, dem die möglichst weitest Auswirkung gegeben werden muß. Die Mindestforderungen, die in dem Antwortschreiben der Unabhängigen aufgestellt werden, halten sich im Rahmen des Möglichen und sind auch alte Forderungen der Sozialdemokratie. Unübersteigbare Hindernisse für die bürgerlichen Parteien, auf sie einzugehen, sind nicht vorhanden: sollte man vielleicht die Sozialisierung des Bergbaues als ein solches betrachten, so wäre daran zu erwägen, einen bürgerlichen Kabinett gründlich zu überdenken, daß diese schon im Jänner d. J. förmlich beschlossen worden ist, und daß der volksparteiliche Wirtschaftsminister Scholz und der bürgerliche Schatzminister Rammmer damals für sie gestimmt haben! Die „ausreichende Heranziehung des Besten, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte“ ist auch für die sozialdemokratische Partei eine Bedingung für ihre Beteiligung an der Steuerarbeit und damit für ihr Verbleiben in der Reichsregierung. Sie ist im Görlicher Beschluß und in der Entschließung unserer Reichstagsfraktion gefordert ebenso wie die Fortführung der Sozialpolitik, der Schutz der Republik, die Politik der Völkerverständigung. Es ist festzustellen, daß bisher — dies sei ohne alle Ironie bemerkt — keine Partei eine ähnlich weitgehende Bereitwilligkeit gezeigt hat, sich auf den Boden des Görlicher Beschlusses zu stellen, wie die Partei der Unabhängigen.“

Nicht nur der bestimmte Zweck, zu dem die Verhandlungen der beiden Arbeiterparteien miteinander geführt haben, sondern auch die überaus würdige Art und der Ernst, mit dem sie geführt werden, ist ein erfreuliches Symptom für ein Sichwiederfinden der deutschen Arbeiterklasse. Die Sozialdemokraten identifizieren sich geradezu mit den Mindestforderungen der Unabhängigen, sie erklären ausdrücklich, daß keine Partei eine ähnliche weitgehende Bereitwilligkeit gezeigt hat, sich auf den Boden des Görlicher Beschlusses zu stellen, wie die Unabhängigen; und wenn wir auch diese wörtliche Fassung des Beschlusses für etwas vertieft ansehen, so können wir aus ihm doch nur den Willen der Mehrheitler herauslesen, die Koalition mit der U. S. P. zu suchen,

Ihr aber keinesfalls eine mit der Deutschen Volkspartei vorzuziehen.

Die Unabhängigen haben in ihrer Antwort an die S. P. D. Klarheit darüber verlangt, ob alle Koalitionsparteien dazu bereit sind, mit der U. S. P. unter den von ihr erhobenen Forderungen eine Regierung zu bilden. Die Sozialdemokraten haben ihrerseits in dem montägigen Leitartikel des „Vorwärts“ eindeutig geantwortet. Es wird nun Aufgabe der Sozialdemokraten sein, die bürgerlichen Parteien, Zentrum und Demokraten, zur gleichen eindeutigen Antwort zu bewegen. Die Mindestforderungen der Unabhängigen sind für jede Partei, die ehrlich republikanisch ist und Deutschland vor nationalistischen und anderen Unruhen bewahren will, annehmbar. Es wird sich nun erweisen, ob das Zentrum und die Demokraten die Selbsttäuschung, die in dem Ausweichen vor dem Steuerprogramm liegt, einer Deutschland so nötigen Realpolitik vorziehen. Was die Unabhängigen fordern, vor allem die Entmonarchisierung der Beherrschung und Bürokratie und eine ehrliche Einhaltung des wenn auch schwerdrückenden Ultimatums, nur das kann Deutschland von den Milliardenlasten der militärischen Sanktionen und Aufsichtskommissionen befreien, nur das kann der deutschen Republik den moralischen und materiellen Kredit wiedergeben, den das Kaiserium beinahe bis zur letzten Mark verloren hat, und um deren Reste sie die monarchistischen Parteien noch bringen.

Die Bedingungen der Unabhängigen sind die Bedingungen, unter denen Deutschland wieder aus seiner wirtschaftlichen Ohnmacht erwacht und unter denen es gesellschaftliche Katastrophen, monarchistische und kommunistische Rutsche bannt. Aber diese Bedingungen der Unabhängigen sind es auch, die in ihrer vom sozialistischen Proletariat vollendeten Erfüllung die Grundlage zu einer Wiedervereinigung bilden.

Wenn es zur Tat werden sollte — und wir erhoffen sie, so zweifelnd wir werden mußten, aus ganzem Herzen — daß die beiden großen Arbeiterparteien in der Regierung zusammenwirken werden, dann werden sie unter dem Zwange der Arbeitgemeinschaft einander auch innerlich wiederfinden. Nicht nur den Baugrund zur sozialpolitischen Republik Deutschland werden sie dann gemeinsam bereiten, sondern so machtvoll wie einst, gemeinsam weiterbauen.

Ein sozialdemokratischer Finanzplan.

Unter den widersinnigen Tatsachen, die die Friedensverträge von Versailles und St. Germain geschaffen haben, nimmt die Bildung des deutschösterreichischen Staates eine der ersten Stellen ein. Ein Gebirgsland von etwa sechs Millionen Einwohnern ist entstanden mit einer Millionenhauptstadt, die früher der Mittelpunkt eines großen Staatsgebietes war, in der das wirtschaftliche Leben einer Fünzigmillionenbevölkerung seinen Brennpunkt fand. Die bedentendsten landwirtschaftlichen Gebiete des alten Oesterreich, Ungarns Kornkammern und Böhmens Weizenfelder liegen außerhalb des neuen Staates, zum allgemeinen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion in den besetzten Ländern trat nach Beendigung des Krieges der Wegfall des größten Teiles des Getreidegebietes überhaupt hinzu. Fast die ganze Bevölkerung muß von fremden Einfuhren ernährt werden, ohne daß der Export von Industrieartikeln diese Einfuhren decken könnte. Der Staat ist wirtschaftlich lebensunfähig, aber die Entente

gestattet nicht den Anschluß an Deutschland, der dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ebenso wie den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entsprechen würde. Die Passivität des gesamten Zahlungsverkehrs mit dem Ausland, die jedes Jahr in die Hunderte Millionen Goldkronen geht, hatte einen Kursturz der Valuta zur Folge, der nur noch von dem der polnischen Mark übertrifft wird. Der durch den Mangel an Nahrungsmitteln und die Entwertung des Geldes hervorgerufene Notstand der Bevölkerung Deutschösterreichs hat zwar in der ganzen Welt das Mitgefühl aller Kulturmenschen erweckt, aber dieses sentimentale Gefühl verdrängt sich nicht zum politischen Wollen, zur Bewahrung des Anschlusses an Deutschland oder zu ausgiebiger finanzieller Hilfe der Siegerländer. Der Mangel an Nahrungsmitteln brachte den Schleichhandel zur vollen Blüte, die Entwertung der Krone ermöglichte die tollste Börsenspekulation. Während der größte Teil der Bevölkerung in seiner Not und in seinem Elend den auswärtigen Journalisten das prächtigste Objekt zur Armeleute-Schilderungen bot, machten Schieber, Wucherer und Börsenspekulanten riesige Gewinne. Der Staatshaushalt ergibt jedes Jahr ein gewaltiges Defizit, das nicht anders zu decken ist, als durch Druck neuer Banknoten, die den Kurs der Krone weiter hinuntertreiben, eine fürchterliche Teuerung in dem vielgeprüften Lande hervorruft, die Staatsbeamten zu neuen Forderungen an den Staat nötigt und dadurch das Defizit noch mehr vergrößert — ein Kreislauf, aus dem ein Ausweg bisher nicht gefunden wurde. Die Finanzminister, die der Staat bisher gehabt hat, mühen sich im Schweiße ihres Angesichtes in ganz Europa Wohlthäter zu finden, die der bankrotten Republik Geld borgen. Gleich einem Bettler reiste vor kurzer Zeit Finanzminister Grimm umher und kam — mit einem Sad voll Versprechungen heim. Als sich nun in den letzten Tagen zeigte, daß der Betrag, den die ausländischen Kapitalisten der Republik borgen, kein so bedeutender sein werde, als man gedacht habe und als notwendig wäre, um das Defizit auch nur für ein Jahr zu decken, erfolgte ein neuerlicher Kursturz der Krone. Im Laufe eines Monats verlor die deutschösterreichische Krone nicht weniger als die Hälfte ihres Wertes. Anfang September waren in Zürich 100 österreichische Kronen 0.69, Anfang Oktober 0.37 Franken Wert. Neue Teuerung, neue Herabdrückung der Lebenshaltung der breiten Massen des deutschösterreichischen Volkes sind die Folgen, der Finanzminister sieht keinen anderen Ausweg, als seine Demission, was zwar ihn, aber nicht die Bevölkerung aus einer unangenehmen Lage befreit.

In diesem Augenblick höchster Not melbet sich nun die österreichische Arbeiterschaft zu Worte. Die sozialdemokratische Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften haben der Regierung einen Finanzplan überreicht, in dem sie positive Vorschläge machen, wie das Staatsbudget ins Gleichgewicht gebracht werden könnte, wie die wichtigste Voraussetzung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues des Landes ist. Der Gedanke, von dem ausgegangen wird, ist der, wie der ungenügenden Ausgabe neuer Banknoten gesteuert werden könnte, und daß die heimischen Kapitalisten gezwungen werden müssen, das ihrige zur Sanierung der Staatsfinanzen beizutragen, soll der Staat im Auslande den Kredit finden, den er braucht. Der Finanzplan, der als positive Steuerreform auch das Interesse der Sozialisten anderer Länder hervorruft, zerfällt in drei Teile: die Vermehrung der Staatscin-

Volkten, die Einschränkung der Ausgaben die staatliche Kreditpolitik.

Die Vermehrung der Staatsausgaben soll vor allem durch eine Organisation der Steuerbehörden herbeigeführt werden, wodurch der schleppende Verlauf der Steuerablieferung beseitigt werden wird. Zur Vermögensabgabe wird ein Zuschlag eingehoben, welcher der seit Gesetzgebung dieser Abgabe eingetretenen Geldentwertung entspricht. Aktiengesellschaften haben die Vermögensabgabe in Form von dem Staat zur Verfügung zu stellenden Gratzaktien, Eigentümer landwirtschaftlicher Grundstücke durch Einräumung von Hypotheken zu leisten, wobei die Abstattungsfristen für die Ablieferung möglichst kurz zu bemessen sind. Die einmalige Vermögensabgabe wird durch eine jährliche Vermögenssteuer ergänzt, die unverhältnismäßig niedrige Grund- und Hauskassensteuer, welche die Agrarier in unerhörter Weise bevorzugt, auf das Hundertfache des Friedenswertes erhöht. Industrie, Banken und Kleingewerbetreibende werden zu Zweckverbänden zusammengefaßt, welche die auf diese Schichten der Gesellschaften entfallenden Steuern entsprechend aufteilen. Neue Monopole (Spiritus, Zündhölzer, Petroleum) werden geschaffen, die als gemeinwirtschaftliche nach kaufmännischen Grundsätzen zu leitende Anstalten ins Leben treten oder gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften übertragen werden, das heißt Gesellschaften, an denen zum Teil öffentliche Körperschaften, zum Teil das private Kapital beteiligt sind. An die Stelle der staatlichen Bewirtschaftung des Getreides und Mehlens tritt ein den Arbeitern gefällig gewährleisteter Lohnzuschlag, den die Unternehmer zu tragen haben und wodurch die Arbeiter in die Lage versetzt werden, Mehl und Brot zu Weltmarktpreisen zu kaufen. Durch die Ausbringung dieser Steuern wird es dem Staate möglich sein, die Härten der Personaleinkommensteuer zu beseitigen, die Erwerbsteuer zu ermäßigen und die Zölle auf Lebensmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate abzuschaffen.

Was die Staatsausgaben betrifft, muß in erster Linie der übergroße Beamtenapparat abgebaut werden, die funktionslos gewordenen Behörden müssen aufgelöst, die funktionsarm gewordenen zusammengelegt werden. Der freiwillige Austritt aus dem Bundesdienst ist dadurch zu fördern, daß der austretende Beamte durch längere Zeit die vollen Bezüge weiter erhält, selbst wenn er inzwischen eine andere Existenz gefunden hat. Alle Ausgaben aus öffentlichen Mitteln für Kirchen und Religionsgemeinschaften sind einzustellen, die Bundesbetriebe (Post, Telegraph, Telephon, Eisenbahn) werden gemeinwirtschaftlichen Anstalten übergeben, ihre Ausgaben müssen reiflos aus den Einnahmen bestritten werden.

Auswärtige Anleihen kann die Republik nur dann bekommen, wenn auch die eigene Bevölkerung dem Staate Kredit gibt. In Form einer Anforderung von Valuten, Devisen und ausländischen Effekten wird eine Zwangsanleihe ausgeschrieben. Für die abgelieferten Wertpapiere erhalten die Kapitalisten Staatsschuldverschreibungen, welche in der abgelieferten Währung zurückgezahlt werden, wodurch die früheren Besitzer vor dem weiteren Kurssturz der Krone geschützt sind. Weiters hat die Regierung mit allem Eifer die Verwirklichung der Auslandskredite zu betreiben. Innere und auswärtige Anleihen sollen dazu dienen, ein großzügiges Investitions-, Bau- und Siedlungsprogramm durchzuführen. Durch die Anleihen sollen die Baukosten neuer Wohnungen gedeckt werden, die Amortisation und Verzinsung jedoch soll durch eine Wohnungsbausteuer, die eine reine Zwecksteuer ist, das heißt zu nichts anderem verwendet werden darf, bewerkstelligt werden.

Dies der wesentliche Inhalt des sozialdemokratischen Finanzplanes. Die sozialdemokratische Partei hat nun die Regierung ersucht, ihr ohne Verzug die Stellungnahme des Ministeriums, das ist auch die der beiden Regierungsparteien, der Christlichsozialen und Großdeutschen, mitzuteilen. Von der Antwort der Regierung hängen die weiteren Entschlüsse der österreichischen Arbeiterschaft ab. Die Christlichsozialen und Großdeutschen müssen also zu dem Programm der parlamentarischen Opposition nicht nur ihre Zustimmung geben, sondern es auch mit der Energie, die zur Durchführung jedes Finanzprogrammes erforderlich ist, in die Tat umsetzen, was ein in der parlamentarischen Praxis bisher unerhörter Fall wäre. Es ist möglich, daß die bisherigen Regierungsparteien die Sozialdemokratie auffordern, bei der Durchführung des sozialdemokra-

tischen Finanzplanes mitzuwirken, was die deutschösterreichische Sozialdemokratie wohl nur dann täte, wenn die beiden Parteien ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem wohlbedachten Programm zu geben in der Lage wären. Darin könnte Deutschösterreich vor eine ganz neue politische Situation gestellt und für die deutschösterreichische Sozialdemokratie würde dann die Frage des Eintrittes in die Regierung aktuell werden. Die österreichische Sozialdemokratie, die seit Kriegsende schon viele Proben ihres staatsmännischen Könnens — wir erinnern nur an die unter dem Eindruck des Kappuzsches den bürgerlichen Parteien abgezwungene Durchsetzung des Wehrgesetzes — gegeben hat, wird diesen Schritt nur dann tun, wenn sie in der Regierung die Interessen der Arbeiterschaft wirksamer zur Geltung bringen können, als sie es in den letzten Monaten als starke parlamentarische Opposition getan hat.

Inland.

Der Sessionsbeginn des Abgeordnetenhauses und des Senates. Die Präsidenten Tomasek und Praschek hielten wegen des Datums des Sessionsbeginnes des Abgeordnetenhauses und des Senates mit dem Ministerpräsidenten Dr. Benesch eine Beratung ab, in der beschlossen wurde, dem Präsidenten Masaryk vorzuschlagen, das Parlament zu seiner Herbsttagung für den 18. Oktober einzuberufen.

„Eine gelovonnene Schlacht“. So nennt die zum Loben bestellte „Prager Presse“ das Ergebnis der Reise Masaryks. „Der Besuch des Präsidenten Masaryk in der Slowakei hat den Beweis erbracht, daß ein Sieg nicht nur mit Wassengewalt errungen werden kann.“ ... „Seine (Masaryks) Worte über die nationalen Minderheiten in der Republik, über die Regelung der Schulfrage, wirkten durch ihren logischen Aufbau derart aufklärend, daß sich auch die größten Skeptiker ihrer Bestimmung, Wahrheit zu sagen, nicht länger verschließen konnten.“ ... „Der Besuch des Präsidenten in der Slowakei hat dem ganzen, großangelegten Agitationsapparat der Feinde der Republik den Nährboden entzogen.“ ... „Masaryks Nachlaß in der Slowakei ist ein festes, vollkommenes Friedensgefüge: das Postament, gebildet durch Friedensverträge, Integrität, Unabhängigkeit und der Bau, gefügt aus Licht und Freiheit. Es war die zweite, die geistige Besitzergreifung der Slowakei.“ — Vorgestern meldete das tschechische Preshbüro, daß einem ungarischen Leutnant, der in Uniform an den Arbeiten der Grenzabmessungskommission teilnahm, von einem Teil der Bevölkerung Obationen veranstaltet wurden. Ob wohl der Schmod der „Prager Presse“ eine Ahnung davon hat, wie sehr er durch seine aufdringlichen Schmeicheleien gegen das Wesen und den Geist des bescheidenen und einsichtigen Masaryk verstößt?!

Schmutzige agrarische Wäsche. Die Loktrennung der Häusler und Kleinbauern von der Partei der tschechischen Agrarier wird in der agrarischen Presse mit wüstem Dutzgeschrei begleitet. Der „Bentov“ und der „Vecer“ erhoffen wohl, die Abtrünnigen dadurch zur Strecke zu bringen, daß sie sie in mehr als rustikaler Ausdrucksweise als Räuber, Diebe und bezahlte Subjekte hinstellen. Jungr, der Führer der Abtrünnigen, wird beschuldigt, daß er einen mährischen Sekretär der Agrarpartei mit hunderttausend Kronen zu bestechen suchte, wenn er zur Kleinbauernpartei übertrete und das Mitgliedsverzeichnis der Agrarpartei mitbringe. Das Zentralorgan der neuen Kleinbauernpartei wirft demgegenüber den Agrariern vor, daß sie von den Großgrundbesitzern 13 Millionen Kronen für den Seelenkauf erhalten hätten. Das Blatt schreibt darüber: „Wir dagegen wissen von anderen Millionen: den Agrariern steht vom Verein der Rübenproduzenten, von den Zuckerindustriellen, Großindustriellen und jüdischen Großunternehmern ein Betrag von 13 Millionen zur Disposition.“ Das Blatt veröffentlicht schließlich ein Schreiben, das an 26 agrarische Sekretäre verschickt wurde, in dem sie zur Abhaltung von Versammlungen unter Verprechung eines außerordentlichen Honorars aufgefordert werden. Es fügt daran den Ausruf: „Pui über die agrarische Morallosigkeit! Dreimal psui!“ Bis nun ging es in dieser drastischen Ausdrucksweise nur gegen die Sozialdemokraten. Nun bekommen die Herren die Wirkung der herangezogenen Talente am eigenen Leibe zu spüren.

Gegen die Zusammenarbeit mit den Deutschen äußert sich Abg. Dr. Lukavsky, ein führender nationaldemokratischer Politiker im Pilsner „Cesky Denik“: Die neue Regierung soll durch Verhandlungen mit den Deutschen

deren Eintritt in das Parlament ermöglichen und den Boden für das gemeinsame Regieren mit den Deutschen in diesem Staate vorbereiten. „Wir stellen fest, daß von diesem Programm in diesem Sinne in den Verhandlungen mit dem Abgeordneten Schwelba nicht die Rede war. Auf diese Weise über die Aufgabe der Regierung zu schreiben, ist verfehlt und kann nur aus einem engen Kreis von Vorstellungen ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit hervorgehen. ... Wir haben den Deutschen viel mehr gegeben als wir nach dem Friedensvertrag verpflichtet sind. Haben wir sie dadurch gewonnen? Solche Wege müssen in die Irre führen. Die Deutschen müssen eine Schule des Anschauungsunterrichtes durchmachen. Sie haben sich mit unserem Staat noch nicht ausgesöhnt und wir haben noch sehr wenig dazu getan, damit sie einsehen, daß sie sich mit ihm aussöhnen müssen. Wir hatten bisher keine starke tschechische Regierung, die sich der Verpflichtung bewußt gewesen wäre, daß sie den nationalen Charakter unseres Staates verwirklichen müsse und den anderen Nationen nur das geben könne, was ihnen nach den Friedensverträgen gebührt. Den Deutschen imponiert nur Kraft, Disziplin, Konsequenz, Wagemut, Ordnung in der Administrative und in den Finanzen. Wenn wir sagen, daß wir uns um das Zusammenregieren mit den Deutschen kümmern müssen, beweisen wir nur, daß wir allein, ohne sie, unseren Staat nicht verwalten können. Damit werden wir den Mut der Deutschen gegen unseren Staat nicht schwächen. Dieses Nachsinnen den Deutschen, als ob sie durch ihre staatsbildende Kraft unseren Staat innerlich und äußerlich festigen könnten, ist eine unheilvolle politische Taktik und ein großer Fehler einiger unserer Leute und Blätter.“ Zum Schluß sagt Dr. Lukavsky, daß die Teilnahme der Deutschen an der Regierung unmöglich sei, solange sie ihren Standpunkt dem Staat gegenüber nicht ändern und solange der Staat in tschechischen Geist nicht gefestigt sei, im Sinne der Opfer, die die Tschechen im Kriege gebracht haben und im Sinne der Rolle, welche durch den Sieg und die Friedensverträge der tschechoslowakischen Republik in Mitteleuropa aufgelegt seien.

Die Aktion des Herrn Benesch im Spiegel der „Narodni Listy“. Die Besprechungskonferenz hat, indem sie Deutschösterreich und Ungarn nach Rom lud, den Vermittler aus eigener Vollmacht, Herrn Benesch, recht unsanft fallen lassen. Die „Narodni Listy“ benützen die Gelegenheit, um an dem Gemahrgesetzten schadestroh ihr Mütchen zu kühlen. Sie werfen ihm vor, daß er gerade, während das Ultimatum lief, mit seiner Aktion begann und so den schiefen Eindruck hervorrief, als ob die Tschechoslowakei nicht auf der strikten Einhaltung des Vertrags von Trianon bestünde. Hämißchreiben sie ihm die Erklärung des südslawischen Ministerrates unter die Nase, die Benesch' Schritt als eine Eigenmächtigkeit hinstellt, vergleichen ihn wenig schmeichelhaft mit Cabour und Metternich und geben ihm endlich zu verstehen, daß er sich von dem Anreger seiner Aktion, dem Grafen Szapary, habe dupieren lassen. Die Mißstimmung in der kleinen Entente sowie jene zwischen Italien und den Tschechen kommen niemandem zugute wie den Magyarern, die so leichter im Trüben fischen könnten. Man sieht, die Vorwürfe fallen reichlich und klingen nicht eben mild. Ihren pikantesten Reiz aber erhalten sie durch die Erwägung, daß hier das führende Blatt der koalitierten tschechischen Nationaldemokraten, welche die wichtigen Ministerien des Handels und der Finanzen in Händen haben, so heftig und erbittert gegen den Ministerpräsidenten frontiert. Ob es ihm aus seiner Betätigung im Innern oder im Aeußeren einen Strich dreht, jedenfalls tracht und knistert es im Mauerwerk des neuen ministeriellen Baues, ehe es noch recht in Gebrauch genommen wurde. Die Idee der „nationalen Sammlung“ ist eben keine tragfähige Leitidee, nicht nur prinzipielle Gegensätze, selbst persönliche Eifersüchteleien rütteln empfindlich an ihr.

Auch in der nationalsozialistischen Partei kräftet es. Kaum ist der Austritt eines Teiles der Kleinbauern aus der tschechischen Agrarpartei erfolgt, so wird eine andere tschechische Partei von sozialen Fortschrittsbestrebungen ergriffen, u. zw. sind es diesmal die Nationalsozialisten, bei denen die Gewerbetreibenden gegen die Leitung der Partei rebellieren. Vor kurzem fand eine Versammlung der nationalsozialistischen Gewerbetreibenden statt, in der, wie die „Zivnostenska Listy“ schreiben, folgendermaßen über die Leitung der Partei gellagt wurde: „In grundsätzlicher Hinsicht wird der Parteizum Vorwurf gemacht, daß sie sich vom ursprünglichen Sozialismus, der auf dem Entwicklungsgedanken fußt und der die Teilnahme der Mittelschichten möglich gemacht hat, abgewendet hat und daß sie sich zum Kompromißlosen Klassensozialismus bekant hat, der nicht nur in der Theorie die Zusammenarbeit mit den Mittelschichten ausschließt, sondern auch in der Praxis ihr direkter Gegner ist. Diese Rich-

tung haben einzelne in letzter Zeit in die Partei eingetretene Personen gebracht, denen es gelungen ist, die alten Parteianhänger und Mitarbeiter zur Seite zu schieben und die Führung der Partei an sich zu reißen. Die alten Nationalsozialisten können nicht begreifen, warum die Partei Leuten Abgeordnetenmandate gebe, die von sich behaupten, daß sie Kommunisten sind und warum sie in das Prager Rathaus Leute entsendet hat, welche bis zum heutigen Tage in die Parteiorganisation nicht eingetreten sind und von sich sagen, daß sie Realisten sind. Wenn einzelne Leute die Partei direkt ins kommunistische Fahrwasser führen und andere mit der Vereinigung mit der sozialdemokratischen Partei rechnen, die in ihrer Klassentaktik friedlicher ist und mehr Verständnis für das praktische Leben hat, machen sie den Gewerbetreibenden das Verbleiben in der Partei unmöglich. Daß diese Richtung die Partei schädigen, ja erschlagen kann, fühlen heute alle alten Parteigänger und Beweis dessen sind die heftigen Debatten in den Sitzungen der Kreis- und Bezirksorganisationen.“

Slowakische Gemeindeautonomie. Die sozialdemokratische Gemeindefraktion in Preßburg hat an den dortigen Oberbürgermeister folgende Interpellation gerichtet:

Wie die Lokalblätter berichten, hat der Herr Zupan den Direktor des städtischen Wasserwerkes ernannt. Die Nepraesentanz hat schon früher dagegen protestiert, daß die Direktoren und Beamten der städtischen Werke vom Zupan ernannt werden. Diese sind nämlich keine politischen Verwaltungsbeamten, sondern ganz offensichtlich nur Angestellte der wirtschaftlichen Betriebe der Stadt. Sie zu wählen ist das Recht des Munizipalausschusses. Wenn der Munizipalausschuß nicht einmal das Recht hat, Beamte bei den städtischen Betrieben anzustellen, dann ist die sogenannte Autonomie ein leerer Begriff, dann dienen wir nur als Staf-fage des Herrn Zupans. Der Herr Präsident betonte bei seinem Besuche in der Slowakei die Wichtigkeit der Autonomie in der Verwaltung. Der bevollmächtigte Minister in der Slowakei gab auch öfters das Versprechen, daß er unsere Autonomie schützen wird. Was beabsichtigt der Herr Oberbürgermeister zu tun, damit diese Versprechen eingehalten werden und daß der Nichtberücksichtigung der städtischen Autonomie seitens des Herrn Zupans ein Ende gemacht werde?

Die Interpellation gibt Aufschluß über die Art der Gemeindeautonomie, wie man sie in der Slowakei versteht. Die Ernennung der Direktoren und Beamten der städtischen Werke ist zweifellos eine Angelegenheit der Stadtvertretung, aber was geht das den Herrn Zupan an. Er nimmt über die Köpfe der Gemeindevertreter hinweg nach Belieben Ernennungen vor. Das Ganze nennt man dann: Gemeindeautonomie.

Führer der slowakischen Nationalpartei unter Polzelaussicht. Die slowakische „Narodni Noviny“ berichten: Die Vertreter der slowakischen Nationalpartei, der Vorsitzende Dr. Emil Skobola und der Kassier Otto Slovina begrüßte am Montag den Minister für die Slowakei Dr. Micura und wünschten ihm weitere Erfolge seiner glücklichen Hand, die er in der slowakischen Verwaltung gezeigt habe. Bei dieser Gelegenheit brachten sie ihm einige Beschwerden ihrer Partei vor; unter anderem beschwerten sie sich über die ungerichtete Zensur gegenüber der „Narodni Noviny“. Minister Micura las den konfiszieren Teil des Leitartikels der 218. Nummer des Blattes und versprach hierauf, daß er in dieser Sache einschreiten werde. Hierauf beschwerten sich die beiden Parteienvertreter, daß die slowakische Nationalpartei beim Besuche des Präsidenten Masaryk nicht vertreten (eingeladen) war. Der Minister versprach für die Zukunft Wandel zu schaffen. Dr. Skobola beschwerte sich endlich, daß einige Parteimitglieder der slowakischen Nationalpartei, unter anderem auch er selbst unter Polizeiaufsicht ständen. Der Minister entsetzte sich über diese Nachricht und versprach, der Sache energisch nachzugehen.

Persönliche Interventionen in Prag. Die „Pol. Korresp.“ teilt mit: „In der letzten Zeit kommen täglich nach Prag Einzeltreffen, um in verschiedenen Ämtern die Erledigung von Invalditätsangelegenheiten und ähnlichen Ägenben zu urgieren. Persönliche Interventionen können keinen Einfluß auf die Beschleunigung der Erledigung haben und sind zwecklos, denn die Gebühren werden nur durch die Postparafasse angewiesen. Da die Bittsteller oft mittellos nach Prag kommen, legen sie sich überdies der amtlichen Heimförderung aus. Es ist deshalb nötig, nur schriftlich mit den Ämtern zu verkehren ...“ und zu warten, zu warten, zu warten, wenn man es nur aushält ...“

Der Riß in der tschechischen Agrarpartei.

Die tschechische Agrarpartei macht gegenwärtig eine Umwälzung durch, deren Umfang und Folgen vorläufig nicht abzusehen sind: die Häusler und Kleinbauern, deren Massen bisher die verlässlichste Haupttruppe der tschechischen Agrarpartei waren, lösen sich los und haben nicht nur eine Sonderorganisation gegründet, sondern sie beabsichtigen bei den nächsten Wahlen auch selbständig in den Wahlkampf zu treten. In Prag haben sie mit der Herausgabe eines eigenen Tagblattes begonnen, dem in Brünn in der nächsten Zeit ein zweites folgen soll. Die Postreue ist noch kaum erfolgt und schon stehen die beiden auseinandergefallenen Teile sich schroff und feindselig gegenüber. Als Ursache der Spaltung wird die Zurückführung der Häusler und Kleinbauern bei der Durchführung der Bodenreform angegeben, sie liegt aber gewiß tiefer und ist in den nun einmal unvereinbaren Klassegegensätzen zwischen den die Führung in der Agrarpartei innehabenden Großagrariern und den Kleinbauern zu suchen.

Die Führung der tschechischen Agrarpartei hatte stets nur die Interessen der Guts- und Großgrundbesitzer im Auge, während die Masse der Häusler und Kleinbauern durch nationale und patriotische Schlagworte über ihre Klasseninteressen hinweggeführt wurde. Während der drei Jahre nach dem Umsturz hielt die Wirkung dieser Schlagworte noch vor, aber nun, da die Kleinbauern zu allem auch noch die Ungerechtigkeiten, wie den großen Grundbesitzern große Grundstücke zugeteilt werden, während man ihnen selbst nur ein paar Faden Land zuweist, war die gemeinsame Organisation für die beiden einander widerstrebenden Interessengruppen nicht mehr aufrecht zu halten. Am 28. August fand in Prag eine Zusammenkunft der Kleinbauern statt, wo der Grund zur Selbständigmachung der Kleinbauernorganisationen gelegt wurde. Wie es heißt, sollen bereits drei bisher agrarische Abgeordnete zu der neuen Organisation übergetreten sein, doch werden ihre Namen geheim gehalten. Ueber die Beweggründe, die zur Loslösung von der tschechischen Agrarpartei geführt, wurde bei der Tagung Folgendes gesagt: Es kamen ständig zu uns eine unerhörte Menge von Beschwerden und Forderungen, daß wir uns von den Agrariern loslösen und mit ihnen alle Beziehungen abbrechen. Auch Deputationen kamen zu uns — es waren wohl an 100 — welche den Wunsch nach Selbständigmachung aussprachen. Wir hätten einen solchen Schritt nicht unternehmen können, wenn wir nicht wüßten, daß in den Massen die größte Unzufriedenheit herrscht und wenn wir nicht ständig ausgefordert worden wären, uns auf eigene Füße zu stellen. Man ruft uns zu: Hör endlich auf, Handlanger der Agrarier und Großgrundbesitzer zu sein, welche das Landvolk schon seit zwanzig Jahren mißbrauchen! Die Häusler und Kleinbauern haben der Agrariern ihre Wahlsitze erobert helfen und bilden die stärkste Grundlage ihrer Organisation. Was haben sie dafür erhalten? Nur einen Fußtritt bei der Durchführung der Bodenreform! Daraus entspringt die Unzufriedenheit der kleinen Leute in der agrarischen Partei. Es bleibt uns nichts übrig, wir müssen uns aus den

Händen der agrarischen Kapitalisten, der Landbourgeoisie befreien. Diese Bewegung soll neue Wahlen herbeiführen und bei diesen werden die zehntausende Häusler und Kleinbauern den Agrariern ihren Verrat heimzahlen. Es ist an der Zeit, daß das ausbeutende Häusleinländlicher Kapitalisten, das die Massen des kleinen Landvolkes beherrscht, seiner Macht entkleidet wird, darum war unser Schritt notwendig. Wir müssen den eigenen Weg gehen und ermöglichen, daß heuer oder im Frühjahr neue Wahlen vorgenommen werden und hierbei den Großgrundbesitzern, sowie den Pächtern der großen Höfe, die stets nur für ihre eigene Tasche arbeiten, die Herrschaft aus den Händen zu winden.

Die Zerrümmung der tschechischen Agrarpartei hat bei den agrarischen Führern Befürzung hervorgerufen. Auch das Regierungsblatt, die „Československá Republika“ tadelt die Kleinbauern wegen ihres Schrittes, den das Blatt insbesondere deshalb für einen Fehler hält, weil er gerade in der Zeit der Verwirklichung der nationalen Konzentration unternommen werde und eine Schwächung der politischen Kräfte des tschechischen Volkes bedeute. Das Blatt möchte noch immer mit den alten Feinspindeln die zur Selbständigkeit erwachten Kleinbauern einfangen. Es spricht daraus nicht nur Naivität, sondern auch Unkenntnis der Verhältnisse im Lande. Eine nüchterne Erwägung müßte ihm sagen, daß der unüberbrückbare Gegensatz zwischen den armen Kleinbauern und den millionenreichen Großgrundbesitzern ein gemeinsames Verbleiben in einer Partei unmöglich macht. Es ist im Augenblick nicht zu übersehen, ob der Abfall von der Agrarpartei ein massenhafter oder nur Teile der Kleinbauern umfassender sein wird. Die Voraussetzungen für die Spaltung sind jedenfalls längst gegeben, man hat sie erst kürzlich durch Aenderung des Namens der tschechischen Agrarpartei in die Partei der tschechischen Republikaner des Landvolkes zu bannen gesucht. Aber wenn es auch vielleicht den Bemühungen der Agrarier gelingen sollte, — die übrigens, wie die neuen Führer der Kleinbauern behaupten, auch nicht davor zurückzukehren, mit Bestechungen zu arbeiten, den völligen Zerfall der Partei anzuhalten, — der Riß ist heute schon klaffend und ihn ganz zu heilen, wird nicht mehr gelingen. Es wird auch am Lande heute oder morgen das geschehen, was das Produkt der natürlichen Entwicklung ist: die scharfe Trennung der Armen und Minderbemittelten von den Großkapitalisten.

Dehnye und Nemec über die Regierungsbildung.

Gestern abends fand im Sophienpale in Prag eine von der tschechischen Sozialdemokratie einberufene öffentliche Versammlung statt, in der die Abgeordneten Dehnye und Nemec über die politische Lage referierten. Abg. Nemec erklärte, daß die tschechische Sozialdemokratie keinen Bürgerkrieg entfesseln könne, weil dies das Ende der demokratischen Republik bedeuten würde. Der Eintritt in die Regierung ist unter der Voraussetzung eines bestimmten Programmes erfolgt, das der Referent erörtert. Darunter befindet sich auch die Regelung des Verhältnisses zu den Deutschen. „Wenn wir die Deutschen in der Republik haben wollen, dann müssen wir uns kümmern, mit ihnen gut auszukommen. Die Deutschen

können wir nicht bezwingen, so wie Oesterreich das ein viel stärkerer Staat war, die Tschechen nicht bezwingen konnte. Die Deutschen müssen freilich verlässliche Republikaner werden, dann wird das Verhältnis zu ihnen ein anderes sein. Mit den deutschen Genossen pflegen wir ein freundschaftliches Einvernehmen, aber sie haben sich noch nicht zur tschechoslowakischen Republik bekannt.“ Abg. Dehnye erklärte, daß die tschechische Sozialdemokratie keine Extratour tanze, sondern daß sich ihre Politik auf derselben Linie bewege, wie die der sozialistischen Parteien der anderen Länder, die alle bestrebt sind, an der Festigung des demokratischen Regimes mitzuarbeiten und die Interessen der Arbeiterschaft in der Regierung zur Geltung zu bringen. Der Staat ist das Mittel der Transformation einer Gesellschaftsordnung in die andere. Und dieses Mittel darf nicht allein in den Händen von Kapitalisten und Bürokraten bleiben. Die tschechoslowakische Republik garantiert dem tschechischen Volke die nationale Einheit der Tschechen und Slowaken und die nationale Freiheit beider. Eine Beamtenregierung vertritt sich nicht mit dem Charakter des demokratischen Staates, sie ist ein Ueberbleibsel des autokratischen Regimes. Die neue Regierung wird die Regierung der Sozialversicherung, der Bodenreform und der Ordnung in der Administration sein. Sie wird keine neuen Steuervorlagen bringen, das ist eine Vereinbarung der Regierungsparteien. Sie wird die Trennung der Kirche vom Staate und die Sanverfassung durchzuführen. Die tschechische Sozialdemokratie will die getroffenen Vereinbarungen einhalten und erwartet dasselbe von den anderen Parteien. Der Grundsatz der Partei ist: Die tschechoslowakische Republik in Mitteleuropa voran, die tschechische Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik voran.

Neue Strömungen in den australischen Gewerkschaften.

Auf dem all-australischen Gewerkschaftskongress, der vom 20. bis 24. Juni d. J. in Melbourne stattfand, triumphierte der Gedanke der Einheit der Arbeiterbewegung über die tatsächlichen Gegensätze. Das Bewußtsein, daß letztlich die Gewerkschaften die Macht sind, von deren produktiven, wirtschaftlichen Leistungen der Sieg im Kampfe abhängt, war die Grundlage der bedeutsamen Beschlüsse, zu denen der Kongress gelangte. „Der Kapitalismus“, erklärte der Kongress, „kann nur beseitigt werden, wenn die Arbeiter sich in einer Klassenbewegung, wirtschaftlicher Organisation vereinen, um durch revolutionäre, industrielle und politische Aktion Besitz zu erlangen von den Produktionsmitteln und allen für die Verteilung und den Austausch erforderlichen Organisationen“. Unter Revolution verstand der Kongress aber keineswegs bewußt herbeigeführtes Chaos und struppelose Gewalttat. Aber er zögerte auch nicht, den Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft scharf zum Ausdruck zu bringen: „Revolutionäre Aktion bedeutet eine Aktion, die eine vollkommene Aenderung der Verhältnisse verbürgt, nämlich die Abschaffung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln — gleichgültig, der (kapitalistische Arbeitende) Eigentümer ein Privatmann oder der Staat ist. An ihre Stelle soll das neue soziale Gesichtspunkt verwalte Eigentum der ganzen Gemeinschaft treten.“ Nationalisierung, verbunden mit industrieller Selbstverwaltung, ist Sozialisierung in

ihre wahren Bedeutung. Sozialisierung in diesem Sinne ist das eindeutige Ziel der australischen Arbeiterbewegung. Der Kongress nahm folgende Resolution an:

1. Zur Verwirklichung dieses Zieles sollen sowohl die industriellen wie die parlamentarischen Hilfsmittel ausgenutzt werden.
2. In Anerkennung der Tatsache, daß die jetzige Zeit eine Ära sozialer Produktion ist, erklärt die Konferenz, daß Berufsverbände als Waffe der Arbeiterklasse, veraltet sind, und sie verpflichtet sich und alle ihre künftigen Vertreter, die Arbeiter in Industrieverbänden zu organisieren, in der Art, wie die Organisationskommission dieses Kongresses beschließen wird.
3. Rationalisierung des Bankwesens und der wichtigsten Industrien. Kommunalisierung derjenigen gemeinnützigen Betriebe und Einrichtungen, die am besten in kleineren Bezirken verwaltet werden können. Zu diesem Zwecke müssen den Gemeinden allgemeines Stimmrecht und erweiterte Befugnisse gegeben werden.
4. Verwaltung der nationalisierten Industrien durch Nemier, in denen die Arbeiter der Industrie wie die Gemeinschaft ihre Vertreter haben.
5. Errichtung eines wählbaren obersten Wirtschaftsrates auf der Grundlage der nationalisierten Industrien.
6. Einrichtung von Büros zum Studium der Arbeiterfrage und Vermittlung von Nachrichten, sowie von Arbeiterbildungsanstalten, in denen die Arbeiter für die Verwaltung der nationalisierten Industrien vorgebildet werden sollen.“

Dieses Programm soll den australischen und neuseeländischen Arbeiterparteien zur Annahme empfohlen werden. Alle, die für Arbeiterinteressen kämpfen, sollen von der australischen Arbeiterpartei zu einer Kampfeinheit zusammengeschlossen werden. Das Ausspielen einer Arbeitergruppe gegen die andere kann nur befördert werden durch eine Organisation, deren Aufbau allen ihren Mitgliedern in jeder einzelnen Industrie oder in allen Industrien ermöglicht, gemeinsam vorzugehen, wenn es notwendig erscheint. Die Schädigung eines ihrer Mitglieder wird in diesem Falle zur Angelegenheit von allen.

Der Name dieser neuen Organisation soll „Australischer Arbeiterverband“ sein. An der Spitze dieses Verbandes soll der Kongress stehen, der jährlich abzuhalten ist. Ein Vollzugsrat übernimmt die Leitung von Kongress zu Kongress. Der Vollzugsrat ist bereits gewählt worden, um die geplanten Einrichtungen für die wirtschaftliche Schulung der Arbeiter zu schaffen.

Für den 10. Oktober ist zur Bestätigung dieser Beschlüsse ein Kongress nach Brisbane einberufen, an dem Delegierte aller einzelstaatlichen Sektionen der Arbeiterpartei teilnehmen werden. Es ist zu erwarten, daß diese Beschlüsse die künftige Politik der australischen und neuseeländischen Arbeiterparteien bestimmen werden. Es sind schon Verhandlungen im Gange, ein enges Bündnis dieser Parteien in die Wege zu leiten.

Sozialen Frieden erklärte der Kongress für unmöglich ohne die Verwirklichung der Ziele der Arbeiterklasse. Ebenso wenig glaubte er an Frieden zwischen den Völkern, ohne daß die Arbeiterschaft sich in allen Ländern einheitlich organisiert. „Das Schaulische des nächsten großen Krieges gemacht werden wird, so soll der vom Kongress gewählte Vollzugsrat beauftragt werden, mit allen Arbeiterorgani-

Feuilleton.

In der Belle.

Von Kaspar Hauser.

Der eine Gefangene: Wie die Lampen öhnen! Wie die Uhr schlägt!
 Der andere Gefangene: Das sagst du jeden Abend. Jeden Abend um acht Uhr!
 Der Eine: Dann ist der Tag so gut wie herum — der verfluchte Tag.
 Der Andere: Wie lange noch?
 Der Eine: Noch sieben Jahre.
 Der Andere: Ich komme drei Tage früher heraus als du.
 Der Eine: Ich habe dir schon einmal für diesen dämlichen Witz mit dem Wasserkrug den Schädel halb eingeschlagen — soll ich noch einmal tun?
 Der Andere: Willst du noch einmal vier Wochen Dunkelarrest dafür haben?
 Der Eine: Hund.

(Pause.)

Der Eine: Was gibts Neues?
 Der Andere: Die Brüder von Nummro Aht sind wieder raus. Heute morgen.
 Der Eine: Was? Wie sies bloß anstellen! Es ist jetzt das vierte Mal.
 Der Andere: Wieso das vierte? Das dritte!
 Der Eine: Das vierte. Das erste Mal — das waren die Lieblincht-Leute. Wie lange waren die drin? Worte mal — eigentlich gar nicht. Sie kamen gleich frei, nein, sie

kamen in eine andere Anstalt. Man kennt das. Bloß das arme Luder von Solbat, den die Offiziere in der Patsche sitzen ließen — der sitzt ja wohl heute noch.

Der Andere: Und das zweite —?
 Der Eine: Das zweite Mal —: da waren hier die Stuben voll. Da haben die Soldaten in der Stadt die Offiziere eingesperrt, die aus dem Putz. Wir haben nicht viel davon erfahren — die Aufseher lügen. Ich hatte mir ein Endschien Zeitung geklaut. Da stand alles drin. Die Jungens hatten aufs falsche Pferd gesetzt, und da kamen sie, anstatt zu Aemtern und Pöfchen, hierher. Wie lange sahen die?
 Der Andere: Vier Tage.
 Der Eine: Dann kam eine Ordre — von oben, sagte der Kalfaktor, da waren sie frei.
 Der Andere: und das dritte Mal —?
 Der Eine: Das dritte Mal waren's Balktimmer. Die gingen gleich wieder — einer hatte achttunddreißig Stunden gefessen. Er drohte dem Reichswehrminister mit Absetzung.
 Der Andere: Und dieses vierte Mal —?
 Der Eine: Was die ausgefressen haben, weiß ich nicht. Aber es muß eine tolle Sache gemessen sein — denn sie waren in zwölf Stunden frei.
 Der Andere: Wie sies nur ansagen —!
 Der Eine: Sie haben Protektion. Die hast du eben nicht.
 Der Andere: Aber es sind doch schwere Jungens wie wir — sie haben gemordet, sie haben Hochverrat machen wollen, sie haben den Eid gebrochen, sie haben...

Der Eine: Du vergleichst uns mit diesen Kerlen —! Du hast so wenig Ehrgefühl im Leibe, daß du uns mit diesen Brüdern vergleichst —! Mit denen da —! Du —!
 Der Andere: Ich meinte nur... Hilfe —! Hilfe —! Laß den Wasserkrug weg —!
 Der Eine: Man hat doch seinen Stolz, verdammt nicht noch mal —! Du Hund —!
 Der Aufseher (von draußen): Wird da Raue da drin! Oder soll ich dazwischen fahren —!
 (Es wird still.)

Der Eine flüsternd): Nimmste das zurück?
 Der Andere: Ja doch.
 Der Eine: Merk dir das: Und wenn die ganze Republik die ansiedelt und versorgt — bei uns nicht! Wir wollen anständig bleiben! Gute Nacht —!
 (Sie legen sich auf die Britischen.)

*
Jahre der neuen Zeit.
 Von Walt Whitman.)
 Jahre der neuen Zeit! Jahre des Unvollendeten!
 Euer Horizont steigt auf — ich sehe ihn schwinden vor erhabeneren Dramen!
 Nicht Amerika nur seh' ich, nicht die Nation der Freiheit allein, sondern andere Nationen sich bereitend,

Ich sehe schreckliche Auftritte und Abhänge, neue Vereinigungen, die Gemeinschaft der Massen.
 Ich sehe diese Kraft mit unwiderstehlicher Gewalt auf der Weltbühne vorwärts schreiten! (Saben die alten Mächte, die alten Kriege ihre Rollen ausgespielt? Haben die Alte ihrer Würdig geendet?)
 Ich sehe die Freiheit völlig bewaffnet und scharf und sehr hochgemut, das Gesch auf der einen Seite und den Frieden auf der anderen.
 Ein erstaunliches Trio, alle gegen die Idee der Klasse gerichtet!
 Was sind das für historische Entwicklungen, denen wir so rasch und nähern?
 Ich sehe Menschen marschieren und rickmarschieren in raschen Millionen.
 Ich sehe die Grenzen und Abgeschlossenheiten der alten Adels Herrschaften zerbrochen.
 Ich sehe die Grenzmarken der europäischen Könige beseitigt,
 Ich sehe in diesen Tagen das Volk zum ersten Male seine Grenzmarken ziehen (alle übrigen geben Raum!)
 Niemals wurden solch' scharfe Fragen aufgeworfen wie in diesen Tagen.
 Niemals war der Durchschnittsmensch, seine Seele, energischer, einem Gotte ähnlicher!
 Sieh, wie er drängt und treibt und die Massen nicht ruhen läßt!
 Sein wagner Fuß ist auf dem Lande und zur See überall, er kolonisiert den Stillen Ozean, die Anselgruppen,

* Aus dem Buche „Ich singe das Leben“, übertragen von Max Hayck, E. P. Tal u. Comp. Verlag Leipzig.

fationen Fühlung zu nehmen, besonders aber mit Arbeiterorganisationen in den Nachbarländern des Stillen Ozeans, um künftige Kriege zu verhindern.

Mit diesem Kühnen und von internationalen Geist erfüllten Programm hat der australische Gewerkschaftskongress die Initiative zu umfassenden Aufgaben ergriffen. Der Versuch alle proletarischen Kräfte zu einer Kampfeinheit zusammenzufassen wird schon jetzt von kapitalistischen Kreisen erbittert bekämpft.

Tages-Neuigkeiten.

Das Ende der Wiener Hofburg. Man stelle sich vor, es hätte einem jemand vor dem 1. August 1914 oder auch noch vor dem 28. Oktober 1918 gesagt, dort, wo damals die Wiener Burggondarnen standen, werden einmal gewöhnliche Konzertbilletreue, Garderobefrauen und dergleichen ihren täglichen Dienst versehen. Es klingt heute noch so ein Witzel nach Märchen — und doch sieht die Wirklichkeit schon vor der Tür.

Nichter anderswo. Im „Berliner Tageblatt“ erzählt Dr. August Müller, der gewesene deutsche Staatssekretär in einem Anklageartikel über die deutsche Justiz folgenden Gegenstand aus dem Vorgehen eines englischen Gerichtes: Es handelt sich um einen Fall, der am 29. Juli in Dublin zur Verhandlung kam und im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen in Irland steht.

Mit dem Dampfschiff, dem elektrischen Telegraphen, der Zeitung, den großartigen Kriegsmaschinen.

Mit diesen und den weltumspannenden Niederlassungen verbindet er innig alle Geographie, alle Länder;

Welch Geflüster ist dies, o Länder, das euch voranläuft, unter den Meeren hinfortschritt? Verbinden sie alle Nationen miteinander? Wird dem Erdball nur ein einziges Herz geschaffen?

Bildet sich die Menschlichkeit en masse? Denn siehe, Tyrannen zittern, Kronen verdunkeln sich.

Die Erde, trobrig, fordert ein neues Zeitalter heraus, vielleicht einen göttlichen Krieg! Niemand weiß, was nächstens geschehen wird, solche Reiden füllen die Tage und Nächte; Prophetische Jahre! Der Raum vor mir, wie ich gehe, wie ich ihn vergeblich zu durchdringen versuche, ist voll Gesichten!

Ungeborene Taten, Dinge, die bald sein werden, werfen ihre Schatten um mich!

Dieser ungläubliche Sturm, diese Glut! Diese fesselnd verzüchteten Fieberträume, o Jahre!

Cure Träume, o Jahre, wie sie durch mich hindurchdringen (ich weiß nicht, ob ich schlaf oder wache);

Das vollendete Amerika und Europa verdämmern in Schatten hinter mir, Das Unvollendete, ungeheurer als je, schreitet heran, schreitet auf mich zu!

tig, die beiden Gefangenen herauszugeben. Darauf erklärte der Richter diese Nichtachtung des Befehles für Contempt of Court (Nichtachtung des Gerichtshofes), und obgleich der Anwalt der Militärbehörde die Zusicherung abgab, daß die Todesurteile nicht vor der Entscheidung der letzten Instanz des ordentlichen Prozeßes vollzogen werden würden, konstatierte er einen „in der Geschichte dieses Gerichtshofes, ja in der Geschichte des britischen Rechts unerhörten absichtlichen Verstoß gegen die Autorität des Gerichtes.“

„Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden.“ Dies ist die Ideologie der Alldeutschen. Man kann ruhig behaupten, daß die Alldeutschen mit allem, was sie tun und tun, diesen Satz selbst auf den Kopf stellen, indem sie ihren Volksgenossen selbst dort, wo sie wirklich helfen wollen, mehr schaden als nützen.

„... In Südtirol lebt der feste Glaube, daß das Reich nicht in nicht fernem Zukunft in seiner ganzen Macht und Herrlichkeit wieder aufgerichtet werden wird, wobei Südtirol und alle sonstigen jetzt abgetrennten deutschen Außenländer dem Reiche wieder eingegliedert sein werden.“

Unser Völgner Parteiblatt rechnet mit diesen junkerlichen Marktstreibern, die gar nicht zu ahnen scheinen, was sie mit ihrem „Heil Südtirol!“ und der Ausnützung dieses Schlachtrufes anrichten, gründlich ab. „Der italienische Militarismus hat,“ so schreibt das „Volkrecht“, seine Klauen bereits nach unserer Jugend“ ausgestreckt und wird sie in nicht fernem Zeit mit ebenerm Griff in seinem unerfülllichen Rauchen verschwinden lassen.

nur in Aufregung versetzen. — Deutschen kann wirklich nur durch Deutsche geholfen werden.

Die künftige Beschäftigung der abtretenden Minister. Die „Tribuna“ berichtet darüber, was die abtretenden Minister nun tun werden. Der bisherige Minister für Kultus und Unterricht Dr. Susta will verschiedene historische Arbeiten schreiben. Gegenwärtig arbeitet er an einem größeren Werk über Johann Zizka. Dr. Kovarik beabsichtigt wieder in der Leitung der Aktiengesellschaft Kovarik & Wichterle in Prohnik tätig zu sein.

Kriegsanleihebesitzer. Näher! Laut Mitteilung der österreichischen Gesundheitsverwaltung in Prag können Kriegsanleihebesitzer, die die Uebernahme der ihnen gebührenden Titres in den Schuldendienst der Republik Österreich beantragen können, bis längstens 15. Oktober 1921 ihre Anträge stellen.

Die österreichischen Parteikräfte in Brünn, Mähr. Ostrau und Preßburg sind in Konjunktur umgewandelt worden.

Kommunistische Frechheit. Unter diesem sehr berechtigten Titel berichtet unser Karlsbader Parteiblatt über eine Versammlung, die die Kommunisten am letzten Sonntag nach Chodau einberufen hatten! Also nach jenem Orte, der vor kurzer Zeit der Schauplatz einer von Kommunisten ausgeführten Mordtat war. Die Frechheit der Kommunisten wurde schon dadurch bestraft, daß ihre Versammlung zum größten Teil von Sozialdemokraten besucht war, die dem auch den Vorhitz führten.

Die Vernichtung des deutschen Ostrauer Theaters verhindert. Im Gegensatz zu dem bekannten und bestätigten Gerichtsurteil, nach welchem der Raub des deutschen Landestheaters bestätigt wurde, hat sich in diesem Staate ein Gericht gefunden, das so viel Gerechtigkeitsinn aufbrachte, einen neuen Raub zu verhindern. Der Oberste Gerichtshof hat in nichtöffentlicher Sitzung unter dem Vorhitz des Staatspräsidenten Hablik den Rekurs der Stadtgemeinde Mähr. Ostrau gegen die Entscheidung des Berufungsgerichtes, nach welcher die vom Bezirksgerichte in Mähr. Ostrau wegen Vorzeitigkeit eingebrachte Klage des Deutschen Theatervereins gegen die Stadtgemeinde Mähr. Ostrau auf Einhaltung des Theatervertrages verworfen und eine zweite Verhandlung vor der ersten Instanz anbefohlen wurde, abgewiesen und damit die Entscheidung des Berufungsgerichtes bestätigt.

Goethe als Reklame für ein Pelzwarenhaus. Zu welchen Gesammadrosigkeiten sich Rabatisten und kapitalistische Presse zu Geschäftszwecken mitunter verleben lassen, beweist ein riesig ausgemachtes Inserat, das jetzt in der „Frankfurter Zeitung“ erscheint. Eine große Abbildung des Frankfurter Goethebustals, mitten im weißen Felde, lenkt den Blick des

Lesers auf sich, der dann zu seinem Erstaunen gewahrt, daß das Bild Goethes nur dazu dient, um für einen Pelzwarenhandler Reklame zu machen, dessen Geschäft sich zufällig in der Nähe des Goethebustals befindet. Es wird sicherlich nur wenige geben, die in dieser Art Reklame eine gewisse Entwürdigung des größten deutschen Dichters sehen — aber was kümmert das den Kapitalisten, der nur auf sein Geschäft bedacht ist, was schert sich darum auch das vornehmste bürgerliche Blatt, wenn es ein paar tausend Mark verdienen kann.

Abnahme der Tuberkulose durch das Alkoholverbot. Laut dem diesjährigen Berichte des Leiters vom Gesundheitsamt Chicago, Doktor Robertson, ist ein bemerkenswerter Rückgang in den Todesfällen durch Tuberkulose sowohl in Chicago als auch in den ganzen Vereinigten Staaten zu verzeichnen. Die Sterblichkeitsziffer beläuft sich im Jahre 1920 auf 2650, d. h. 572 weniger als im Jahre 1919 und 1175 weniger als 1918. Unter den Ursachen, die zu diesem guten Ergebnis führten, werden besonders reinere Luft, bessere Krankenhäuser, Wohlfahrtspflege und das Alkoholverbot genannt.

Prager Bühnenmitglieder in Wohnungsnot. Die Direktion und die Solistenorganisation des Deutschen Landestheaters senden uns folgenden Aufruf: Die katastrophalen Wohnungsverhältnisse nötigen die Organisation der Mitglieder des Deutschen Landestheaters in Prag, sich an die Öffentlichkeit zu wenden mit der Bitte um werthvollste Hilfe. Eine ganze Anzahl der neu eintretenden Mitglieder sind derzeit noch ohne Unterkunft, werden von Hotel zu Hotel gejagt und sind nicht instande, ein Obdach zu finden, ein Heim, in dem sie eine Bescheidenheit und vor allem jene Ruhe und Erholung finden, die es ihnen möglich macht, ihren künstlerischen Pflichten nachzukommen.

Diebstähle von Schreibmaschinen. Vor einigen Tagen erfuhr Detektiv, daß in der Wohnung der Marie Fiala in Ruße eine entwundene Schreibmaschine verwahrt ist. Tatsächlich wurde dort eine Schreibmaschine gefunden, und die Fiala gab an, sie habe sie von dem Mährischen Kinoschauspieler Wenzel Prochaska zum Verkauf erhalten. Außerdem wurde bei ihr Wäsche gefunden, die der Firma Vid in der Wassergrube von dem dort beschäftigten Josef Kocourek gestohlen worden war. Prochaska gestand nach der Verhaftung ein, eine ganze Anzahl von Schreibmaschinen aus verschiedenen Kaufleuten gestohlen und für 2500 Kronen verkauft zu haben. Prochaska behauptet, die Diebstähle allein durchgeführt zu haben, es ist aber klar, daß er bei den oft recht komplizierten Einbrüchen Mithilfe gehabt haben muß. Prochaska, Kocourek und die Fiala wurden dem Landesstrafgerichte eingeliefert.

Selbstmordversuch eines Privatangestellten. Vorabend um 10 Uhr abends (schick sich der Kassier der Firma Weiss-Kornfeld Wolf Popichal aus Prag VIII in der Primatorskaasse in Lieben an und verletzete sich schwer. Er wurde in das allgemeine Krankenhaus überführt. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Vergiftungsversuch einer Komptoiristin. In der Svatošul Gch-Anlagen in Weinberge wurde vorgestern gegen 17 Uhr abends die 27jährige Komptoiristin S. Sackl aus Weinberge in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Sie wurde in das Weinberger Krankenhaus überführt. Es scheint sich um einen Selbstmordversuch aus unglücklicher Liebe zu handeln.

Kleine Chronik.

Der Milliardenbetrüger Duim. Budapest, 4. Oktober. (M.A.) Die Polizei hat festgestellt, daß der aus Wien flüchtige holländische Zirkulant Duim zuletzt am 18. September in Budapest weilt, wo er sich drei Tage aufhielt. Es wurde weiter festgestellt, daß er bei der Budapest Merkur-Bank ein Depot von 6.200.000 ung. Kronen besitzt. Die Polizei hat das Depot unter Sperre gelegt.

Die gesundheitsgefährliche Wohlfahrtsklische. Warschau, 4. Oktober. (Funkt.) Mehrere Warschauer Hochschullehrer, die sich in einer Wohlfahrtsklische verkümmerten, erkrankten unter Vergiftungserscheinungen. Drei derselben sind gestorben.

Täglich 700 Millionen polnische Mark neues Notgeld. London, 4. Oktober. (Funkt. B.) Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ druckt die Warschauer Notenpresse täglich 700 Millionen Mark. Das bereits ausgegebene Papiergeld wird auf 150 Milliarden Mark geschätzt.

Der französische Konsulatssekretär in Ruzschul ermordet. Paris, 4. Oktober. (Savaz.) Die Blätter melden, daß der französische Konsulatssekretär in Ruzschul ermordet worden ist.

Fliegersturz. London, 3. Oktober. Ein großer Flugzeug ist heute über dem Flughafen von London in Brand geraten und abgestürzt. Zwei Offiziere und vier Mechaniker wurden getötet. — Rom, 4. Oktober. (Funkt.) In der Nähe von Livorno ist ein Flugzeug abgestürzt. Die beiden Insassen fanden den Tod.

„Gerechtigkeit und Menschlichkeit der Behörden.“

Wie das Schulministerium mit Humanitätsanstalten umspringt.

Die Stadt Landskron war am Samstag der Schauplatz einer großen Demonstration. Die Arbeiterschaft zog aus den Betrieben geschlossen vor die politische Bezirksverwaltung und forderte dort die Rückgabe der beschlagnahmten Räume des städtischen Kindergartens. Die Geschichte der Beschlagnahme stellte Bürgermeister Winter in einer Ansprache dar. Im Jahre 1920 wurde vom Landesschulrate die Zwangsmiete für die ganze alte Weichschule ausgesprochen, in der die zwei Abteilungen des städtischen Kindergartens und vier Klassen der tschechischen Minoritätsschule untergebracht waren, ausgesprochen. Dagegen erhob damals der Stadtrat Berufung, da für den Kindergarten — was bei der kommissionellen Besichtigung auch von tschechischer Seite anerkannt wurde — keine anderen Räume vorhanden sind.

Nunmehr gelangte vom Ministerium für Schulwesen die Abweisung der Berufung und mit ihr die Bestätigung der Beschlagnahme herab. Auf Grund dieses Erlasses wurden nun in der Nacht zum 30. September auf den 1. Oktober die Kindergartenräume gewaltsam ausgeräumt. Samstag früh wurden den Müttern, die mit ihren Kindern erschienen waren, um sie in den Kindergarten einschreiben zu lassen, dem intervenierenden Bürgermeister und dem Leiter des Kindergartens, Genossen Koller von der Gendarmerie der Eintritt verweigert. Es handelt sich also um einen brutalen Gewaltakt. Genosse Koller wies in einer Ansprache an die Demonstranten darauf hin, daß der Kindergarten eine Humanitätsanstalt ist, die bisher von Kindern beider Nationen besucht wurde. Durch den Gewaltakt ist der Bestand der Anstalt bedroht, die Mütter der Kindergartenkinder sind in ihrem Erwerb behindert. Er forderte den Bezirksbauhauptausschuss, den Worten des Präsidenten Masaryk gemäß, nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit vorzugehen und den Gewaltakt rückgängig zu machen. Eine Abordnung, die bei der politischen Bezirksverwaltung vorsprach, erreichte nur, daß bis zur Entscheidung durch die jetzigen verantwortlichen Männer in den Ministerien die Benützung der Räume für beide Parteien sistiert wird. Eine Abordnung der Stadt begab sich gestern in die Ministerien für Schulwesen und soziale Fürsorge. Wir warten mit Interesse auf die Stellung, die die neue Regierung zu diesem Gewaltakt einnehmen wird.

Vor der Spaltung der kommunistischen Partei Deutschlands

Während der Reichenberger „Vorwärts“ die Vorgänge in der kommunistischen Partei Deutschlands als belanglos hinstellt, gelangt Clara Zetkin in der „Roten Fahne“ zu einem anderen Urteil. Sie schreibt:

„Die Partei darf nicht beschaulich zusehen, bis aus der Gruppe der Sieben Siebzig, Siebenhundert und Siebentausend geworden sind. Die Konstituierung der Fraktion der kommunistischen Arbeiterschaft ist nicht zu bewerten als harmlose Privatangelegenheit einzelner Persönlichkeiten, die wäuteten, um der kommunistischen Sache willen der kommunistischen Partei den Rücken kehren zu müssen. Sie besagt nicht friedlich-schiedliche Erweiterung und Stärkung der kommunistischen Bewegung über die Grenzen der Partei hinaus, durch „Mißverständnisse“, aber „Sympathisierende“. Sie läuft in der Praxis hinaus auf Bedrohung, Schwächung, Lockerung, ja Spaltung der Partei, auf Gegnerschaft wider sie... Die Gründung der kommunistischen Arbeiterschaft ist bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt, der Anfang des Versuchs, die kommunistische Partei zu spalten oder zu überrennen.“

Weiters sagt Clara Zetkin, daß es ja selbstverständlich sei und in der Natur der Dinge liege, daß die unter Levis Führung im deutschen Reichstag gebildete „kommunistische Arbeiterschaft“ nicht nur eine parlamentarische Gruppe oder literarische Strömung werden bleiben wollen, sondern daß sie zweifellos auch unter den kommunistischen Arbeitern, den bisherigen Mitgliedern der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands werde Anhänger finden wollen. Es scheint demnach ein Kampf innerhalb der kommunistischen Partei vorzustehen, der möglicherweise mit der Spaltung der „vereinigten“ Kommunisten enden wird. Die „Vereinigung“ wird also nicht sehr lange gedauert haben.

Genossen! Gedenkt des Fonds zur Erhaltung des Zentralorgans!

Anslaud.

Die Komödie von der Uebergabe Westungarns.

Die Horthymagaren und die hohe Generalkommission in Ledenburg degradieren die Weltgeschichte zum Kasperltheater. Denn anders kann man den Postmacherscherz, der am 3. Oktober nachmittags 5 Uhr in Ledenburg aufgeführt wurde, nicht charakterisieren. Ward da vom ungarischen Feldmarschallleutnant Paul von Hagedüs und vom französischen, englischen und italienischen General ein Protokoll unterfertigt, laut welchem die Ungarn den aufs Burgenland bezüglichen Vertrag von Trianon ausgeführt und das Land geräumt hätten. Hübisch, wie? Wäre diese Spoitgeburt der Lüge nicht so traurig, dürfte man über den Spatz herzlich lachen. Da ziehen in Westungarn Banden mit Maschinengewehren und Handgranaten plündernd und sendend umher, die Bevölkerung wird gefnebelt, die Jugend ins Militär gezwungen, aber die Kommission der Generale bestätigt, daß die ungarische Regierung ihre Aufgabe „vollstreckt“ hat! So stellt sich die große Entente ihre Pflicht vor, feierlichen Verträgen zur Geltung zu verhelfen und Rechtsbrüche nach Gebühr zu bestrafen! Niemals lauschte die Welt, wie frechen Räubern Gesetz und Ordnung eindrucksvoll würden ins Bewußtsein gekämmert werden und die Wächter des Gesetzes leisten sich eine widerliche Farze! Man hat von den großen Worten und von den Stillschreitenden der Weltmächte nie etwas gehalten. Aber daß sich die Heldentat des Welttheaters als Bajazzo und Clowns aufspielen, übersteigt auch die allerhöchsten Erwartungen.

Die ungarischen Komitatschis.

Vandennunwesen.

Wien, 4. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Gestern hat das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau mitgeteilt, daß die militärische Räumung der zweiten westungarischen Zone begonnen hat. Bisher ist aber davon noch nichts zu sehen. Es wird im Gegenteil in immer neuen Orten des Burgenlandes reguläres Militär festgestellt. In Neumarkt im Raume von Pinkafeld ist reguläres Militär in bedeutender Stärke vorhanden. Im Raume von Oberward werden die Banden beständig verstärkt. In Grafenschachen sind zwei hundert Banditen angekommen und haben auf Wagen Munition mitgeführt. Zwischen Kirchschlag und Ledenburg ist eine Transportlinie eingerichtet. In Ledenbach wurde gestern für 1000 Mann Quartier gemacht. Im Verlauf des Nachmittags trafen auch einige hundert Freischärler dort ein. Aus Wieselburg treffen unangesagt Flüchtlinge ein. Sie erzählen, daß sie geflohen seien, weil das ungarische Militär alle Männer bis zu 45 Jahren zum Wehrdienst einberufen habe. Die Einberufung erfolge in allen Gemeinden unter Trommelschlag und Ansprachen ungarischer Offiziere. In vergangener Nacht war an der Grenze, vor allem bei Bruck a. L. und Neufeld eine lebhaftere Gesektsaktivität als bisher. Einige österreichische Gendarmereiposten wurden in der Nacht geräumt, bei Tagesanbruch aber wieder besetzt. Am Abend kam aus Bruck a. L. die Nachricht, daß dort wieder eine lebhaftere Gesektsaktivität eingetreten ist. Näheres ist noch nicht bekannt.

Neue Vandeneinfälle.

Wien, 3. Oktober. Amtlich wird verlautbart. Auch in der letzten Nacht haben ungarische Banden bei Bruck a. L. wieder auf österreichischem Gebiet geschossen. Hierbei ist ein Wehrmann gefallen.

Die Komödie des „unabhängigen“ Westungarns.

Wien, 4. Oktober. Die Politische Korrespondenz teilt mit: Bei der österreichischen Regierung ist folgendes Telegramm eingetroffen: **Wien, 4. Oktober.** Das Volk Westungarns hat auf dem im Sinne des Trianoner Friedensvertrages (1) Art. 27 Punkt 1 genannten Gebiete die Unabhängigkeit und Neutralität dieses Gebietes und seiner Bevölkerung am 4. Oktober 1921 um 12 Uhr mittags proklamiert und den Oberkommandanten mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes betraut. Gleichzeitig hat sich die Einwohnerchaft der Bezirke Reiskirch, Rismarton, Salomva, Felső-Palsa und Remet-Újvar der Proklamation der Unabhängigkeit angeschlossen, worüber die mit den Unterchriften der Gemeindevorsteher und dem Gemeindefiegel versehenen Protokolle an das Oberkommando nach Pest eingekendet wurden. Dr. Franz von Leobach, Schriftführer der konstituierenden Nationalversammlung.

Italiens Vermittlerrolle noch in der Schwelbe?

Paris, 4. Oktober. (Tsch. P.) Eine amtliche Mitteilung besagt: Der von der Völkerversammlung gefasste Beschluß, die italienische Regierung zu beauftragen, mit Vertretern Oesterreichs und Ungarns über die burgenländische Frage zu verhandeln, kann nicht als endgültig angesehen werden. Die englische Regierung hat ihre Zustimmung zu dem Abkommen noch nicht gegeben.

Der Bod als Gärtner.

Budapest, 3. Oktober. (M.B.) Heute beginnt die militärische Räumung der zweiten westungarischen Zone. Ueber Erfuchen der interalliierten Generalkommission verbleibt das aus einigen hundert Mann bestehende Osztenburgische Gendarmeriebataillon sowie die Ledenburger Polizei zum Zwecke des öffentlichen Sicherheitsdienstes in Ledenburg. Das Oberkommando über die Brachialgewalt übernimmt die interalliierte Generalkommission, sobald die in Ledenburg verbleibende Brachialgewalt den Charakter einer internationalen Behörde haben wird. Emil Paul Hagedüs verbleibt behufs Aufrechterhaltung der Verbindung mit der interalliierten Generalkommission auch weiter in Ledenburg.

Die österreichische Regierung verlangt Räumung und dann Verhandlungen.

Wien, 4. Oktober. Die „Neue Freie Presse“ erfährt von informierter Seite, daß Bundeskanzler Schober gleich zu Beginn der Venediger Konferenz die Frage aufwerfen wird, welche Garantien Oesterreich nach der nunmehr erfolgten formellen Räumung des Burgenlandes durch Ungarn für die tatsächliche Räumung des Landes und dessen Säuberung von den Banden sowie für jeden ungestörten Besitz von seiten der alliierten Mächte geboten wird, unter deren Oberhoheit augenblicklich Westungarn steht. Erst wenn dies von den Regierungen in zufriedenstellender Weise geklärt wäre, könnte der Bundeskanzler in allgemeinen Verhandlungen über die Frage von etwa zu vereinbarenden Grenzregulierungen eingehen. Diesbezügliche meritorische Beratungen könnten jedoch in Gemäßheit der Beschlüsse des Ausschusses für Neugeres erst nach erfolgter tatsächlicher Besitzergreifung des Burgenlandes durch Oesterreich ihren Anfang nehmen.

Jugoslawien rüstet gegen Ungarn.

Belgrad, 4. Oktober. Infolge der neuesten Ereignisse an der albanischen Grenze und der Anhäufung ungarischer Truppen an der Nordgrenze Jugoslawiens fand gestern abends eine Konferenz zwischen dem Kriegsminister und dem Generalstabschef statt, welcher die Sektionschefs beizwohnten. Die eifrig zu unternehmenden Aktionen für die Sicherstellung der Grenze Jugoslawiens an beiden Fronten wurden besprochen und beschlossen. Die Regierung wird noch heute über die mögliche Einberufung einiger Jahressklassen Beschluß fassen.

Beneesch auf dem Rückzug.

Brinn, 4. Oktober. Die nachmittägigen „Lidove Noviny“ melden: Um Mißverständnissen und verschiedenen Kombinationen vorzubeugen, welche auf unrichtigen Informationen beruhen, wird uns von gutinformierter Stelle mitgeteilt: 1.) Minister Beneesch, der um Vermittlung in der westungarischen Angelegenheit ersucht wurde, beschloß zunächst, wie es seine Pflicht war, sich über die ganze Angelegenheit zu informieren, ehe er irgend eine Aktion im Namen der tschechoslowakischen Regierung unternahm. 2.) Nachdem er bei Einholung der Informationen nach der Zusammenkunft mit Kanzler Schober festgestellt hatte, daß über eine italienische Vermittlung verhandelt wurde und daß inzwischen die alliierte Note an die ungarische Regierung eingegangen war, teilte er sofort der ungarischen Regierung mit, daß er die Vermittlung nicht übernehmen könne.

Die Annahme des österreichischen Länderbank- und Anglobank-Gesetzes gesichert.

Wien, 4. Oktober. (Tsch. P. B.) Der Finanzminister des Nationalrates hat das Länderbank- und Anglobank-Gesetz angenommen. In der Debatte über das Länderbank- und Anglobank-Gesetz verwies der Berichterstatter auf das Ergänzungsgutachten der Sachverständigen, aus welchem hervorgeht, daß die Länderbank infolge des Beschlusses der Wiener Banken am 15. Oktober im gegenseitigen Fortgang Engagements zu bereinigen, zu diesem Termine Schlüsse in der Höhe von 5 1/2 Millionen Francs zu liefern habe. Ferner wird darauf hingewiesen, daß der englische Sequester den Ungarn ungebührlicher Weise aus österreichischen Aktien einen Nachschuß von 183.000 Pfund bewilligt habe. Es sei somit zu befürchten, daß im Falle des Nichtzustandekommens des Gesetzes der englische Sequester und vielleicht auch ein französischer Sequester trotz der

Staatsverträge überstürzte Liquidationen der Bankfilialen vornehmen würde. Abgeordneter Pauly (Großdeutscher) erklärte mit Rücksicht auf die Mitteilungen des Sachverständigenausschusses seinen bisherigen entscheidenden und heftigen Widerstand gegen die Uebersetzung nicht aufrecht erhalten zu können. Die beiden Gesetze wurden sodann mit einer Reihe von Abänderungen angenommen, welche den von den Großdeutschen gestellten Bedingungen entsprechen. U. a. wurde beschlossen, daß ein anfänglich Teil des zuzuführenden ausländischen Kapitals dem österreichischen Geschäft zu räumen ist und daß beide Gesetze gleichzeitig mit dem von den Großdeutschen eingebrachten sogenannten Bankkontrollgesetz in Kraft zu treten haben. Weitere Abänderungen bezwecken eine stärkere Erfassung der aus der Transaktion sich ergebenden Gewinne zugunsten des österreichischen Steuerfiskus.

Die russische Hungersnot.

Entsefliches Elend.

Moskau, 4. Oktober. (Tsch. P. B. Junf. „Pravda“) schreibt: Das Wolgogebiet durchlebt gegenwärtig fürchterliche Hungersnot. Besonders schwer leiden die Kinder der Gouvernements Saratow. In diesem Gouvernment gibt es 822.679 Kinder im Alter von 1 bis 16 Jahren. Die Kinderheim sind nicht imstande, alle diese Kinder aufzunehmen und zu verpflegen. Bitterkeit ist an der Tagesordnung. Die Parteiorganisationen machen heroische Anstrengungen, um gegen diese Zustände anzukämpfen. Ihre Bemühungen scheitern aber am Umfange des Elendes. Laut Mitteilung des Volksgesundheitsamtes beträgt die Zahl der hungernden Kinder in Rußlands 4.701.000. Die Typhuserkrankungen im Gouvernment Jarzyn nehmen zu. In den Hungergebieten sind über 60.000 Menschen erkrankt. Die meisten Erkrankungen kommen an Cholera und Bauchtyphus vor.

Griechisch-türkische Friedensverhandlungen?

Konstantinopel, 4. Oktober. (Savas.) Nach einer aus Athen eingelangten Meldung wird die griechische Regierung in den nächsten Tagen eine Kundgebung vor öffentlichen Tagen, in welcher sie die Bereitwilligkeit zur Einleitung von Friedensverhandlungen präzisieren wird.

Berlin, 4. Oktober. (Tsch. P.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet über London, daß Kemal Pascha seine Friedensverhandlungen mit Griechenland führen wolle, aber bereit sei, die Mächte als Vermittler anzunehmen. Die Friedensbedingungen der Türken seien folgende: 1. Vollkommene Unabhängigkeit der Türkei. 2. Rückgabe aller türkischen Gebiete. 3. Aufhebung der Friedensverträge mit den Alliierten.

Die Unruhen in Marokko.

Melilla, 4. Oktober. (Savas.) Gestern früh hat der Kampf an einer 10 Kilometer-langer Front begonnen. Die spanischen Truppen sind in alle feindlichen Positionen vorgeedrungen. Der Feind hatte riesige Verluste. Inland.

Niederlage der Kommunisten in Bulgarien.

Sofia, 4. Oktober. Das bisherige Ergebnis der gestrigen Wahlen in die Gemeinderäte in 130 Städten und Dörfern bildet eine vollkommene Niederlage der Kommunisten.

Belgrad, 3. Oktober. Die Albaner besetzten sich bei Mali Katscherit und bombardieren seit gestern die serbischen Stellungen beim Dorfe Bras. Weitere Befestigungen der Albanen sind bemerkbar.

Hilfsaktion für Rußland.

Um das Endergebnis der durch die im „Arbeiterausschuß des russischen Hilfsfonds“ vertretenen politischen Parteien, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen mit gemeinsamem Aufruf und Sammellisten durchgeführten Sammlungen feststellen zu können, ersucht der Ausschuß, diese Sammlungen beschleunigt durchzuführen und zu verrechnen. Bis zum 15. Oktober l. J. mögen alle gesammelten und noch nicht abgeführten Gelder an die „Allgemeine Genossenschaftsbank (Vseobscna družstveni banka) Prag I., Kralovskova ulice“ eingesendet werden. Gleichzeitig mögen an den „Arbeiterausschuß des russischen Hilfsfonds Prag I., Rudolfsinum“ alle Sammellisten eingesendet werden. Diese Weisungen berühren einseitigen noch nicht die durch die genossenschaftlichen Organisationen durchgeführten Sammlungen.

Arbeiterausschuß des russischen Hilfsfonds Prag, Rudolfsinum.

(Die Provinzpresse wird um Abdruck dieser Nachricht ersucht.)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Unklarheiten in der Praxis der Umsatzsteuer. Das mit 1. Oktober 1921 in Geltung getretene neue Umsatzsteuergesetz ermächtigt den Verkäufer dem Käufer die Umsatzsteuer

separat in Anrechnung zu bringen. Es herrscht jedoch völlige Unklarheit darüber, ob der Verkäufer berechtigt ist, die volle Umsatzsteuer von 2% oder lediglich den neuen Zuschlag von 1 Prozent dem Käufer zu berechnen. Nach dem alten Umsatzsteuergesetz war es gesetzlich unzulässig, die Steuer dem Käufer zu verrechnen, es ist jedoch im neuen Gesetz nicht ausgesprochen, daß die Umsatzsteuer von 2% vom Käufer verlangt werden kann, vielmehr ist man nach dem Wortlaut des neuen Gesetzes der Ansicht, daß der Verkäufer nunmehr das Recht erhalten hat, vom Käufer der Ware das neuer hinzugekommene 1% Umsatzsteuer zu verlangen. Seit 1. d. M. berechnen daher in allen Unternehmungen die Verkäufer eine Umsatzsteuer zu Lasten der Konsumenten. Wertwürdigere Waren lagern die einen 2%, die anderen 1 Prozent zur Kaufsumme zu. Im Interesse der ohnehin durch dieses unsoziale Gesetz schwer geschädigten Konsumenten, ist es erforderlich, daß das Finanzministerium sofort die Defizitfähigkeit aufklärt, daß die Verkäufer das Recht zur Verrechnung von höchstens 1% Umsatzsteuer zu Lasten der Käufer besitzen.

Die Lohnbewegung im Mähr.-Osttrauer Revier. Die tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinigung teilt mit: Montag mittags begab sich eine Delegation der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung, und zwar die Herren Taverle, Jakubka und Adermann, zum Ministerpräsidenten Dr. Benesch, um ihm den Beschluß des Zentralrates der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung über den Lohnkonflikt im Osttrauer Gebiet vorzutragen. Die Delegation stellte die Forderung auf, es möge von der Regierung eine Beratung von Regierungsvertretern und den interessierten Gewerkschaftsorganisationen einberufen werden. Der Ministerpräsident sagte die Erfüllung dieses Wunsches zu und versprach, die vorgetragenen Forderungen einer ersten Prüfung zu unterziehen. Die Delegation betonte auch die Dringlichkeit der Angelegenheit.

In staatlichen Diensten. Die tschechoslowakische Republik beschäftigt 155.000 Eisenbahner, 53.000 Zivilbeamte, 44.149 Angestellte, 40.000 Lehrer, 16.778 Seelforger, 11.261 Gendarmen, 8000 Offiziere, 2800 Unteroffiziere, angeblich 190.000 Soldaten, 249 verschiedenartige Personen. Zusammen 524.870 Personen. Die Ausgaben für 1922 werden angeblich 21.267.715,758 K betragen. Die Kosten für die neue Ersparungskommission dürften in diese Summe noch nicht eingerechnet worden sein.

Die Agrarier für die Verlängerung der Arbeitszeit. Die „Deutsche Landpost“, das Hauptorgan der deutschen Agrarier in der tschechoslowakischen Republik, schreibt in ihrer sonntäglichen Nummer: „Die Verbilligung der Wintererzeugung, denn nicht in der Lira aus dem Titel Arbeitslöhne erfolgen, sondern ist in der Verlängerung der Arbeitszeit zu suchen.“ Wie gut es doch die Herren Agrarier mit den Arbeitern meinen. Sie wollen nicht die Löhne erniedrigen, Gott behüte! Sie wollen nur, daß die Löhne dieselben bleiben und die Arbeiter statt 8 vielleicht 12 Stunden arbeiten. Als ob die Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen nicht auf dasselbe hinauskommt, als wie die Herabsetzung der Löhne. Die Getreidepreise steigen, die gebundene Wirtschaft hört auf, die Agrarier verdienen die, aber alles ist ihnen nicht genug. Am liebsten würde es ihnen sein, wenn die Landarbeiter so wie vor dem Kriege von vier Uhr früh bis spät in die Nacht arbeiteten.

Riesenkampf der Dresdner Metallarbeiter. Die Metallarbeiter des Dresdner Bezirkes ste-

hen seit etwa 14 Tagen im schweren Kampfe gegen das Unternehmertum. Wie an anderen Orten bedienen sich auch hier die Kapitalisten in provokierender Weise des Mittels der Aussperrung, um die Arbeiter gefügig zu machen. Die Dresdner Metallarbeiter verlangten eine Anpassung an die Löhne, wie sie anderwärts, in Leipzig, Chemnitz usw. schon gezahlt werden. Als ihnen die Forderungen nicht diesem Grundsatz entsprechend bewilligt wurden, griffen sie in zehn Betrieben zum Streik. Die Unternehmer antworteten mit der Gesamtaussperrung. Bisher 40.000 Metallarbeiter sind im Dresdner Bezirk davon betroffen. Am vergangenen Donnerstag fanden in Dresden auf Veranlassung des sächsischen Arbeitsministeriums Einigungsverhandlungen statt. Die Unternehmer zeigten sich dabei allerdings noch völlig unnachgiebig, so daß das Ende des Kampfes bisher nicht abzusehen ist. Die ausgesperrte Arbeiterschaft aber steht nach wie vor in einmütiger Kampfesentschlossenheit. Gleichfalls am Donnerstag ward in 13 großen Versammlungen über den Stand des Streikes berichtet und anschließend bildete sich impulsiv ein wichtiger Demonstrationzug, an dem mindestens 15.000 Arbeiter teilnahmen. Die Entschlossenheit der Arbeiter geht aus einer einstimmig angenommenen Resolution hervor, aus der wir wiedergeben: „Die Streikenden und Ausgesperrten nehmen den aufgezwungenen Kampf an. Sie werden ihn lastblütig, mit aller Ruhe, aber auch mit aller Schärfe führen. Wollen die Unternehmer den wirtschaftlichen Frieden herstellen, so haben sie durch geeignetes Entgegenkommen die Möglichkeit dazu. Die Streikenden und Ausgesperrten legen das Gelübnis ab, den Unternehmern den Nachweis zu erbringen, daß die Metallarbeiter Dresdens eine einheitliche, geschlossene Kampffront sind und für die Zukunft bleiben werden.“

Eine internationale Arbeitskonferenz. Am 25. Oktober wird in Genf die dritte internationale Arbeitskonferenz eröffnet werden. Sie wird ungefähr 600 Delegierte aus allen Völkern und auch aus Deutschland und den Vereinigten Staaten vereinigen. Die Tagesordnung umfaßt eine Reihe von Fragen, die auf den Handel, die Industrie und die Landwirtschaft Bezug haben.

Arbeiter und Angestellte. Die Berliner Blätter berichten aus Essen, daß beim Kongreß des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (A.F.A.) über den Zusammenschluß der Angestelltenverbände mit den freien Gewerkschaften verhandelt wurde. Zwischen den Arbeiter- und Angestelltenverbänden sei ein Organisationsvertrag abgeschlossen worden. Durch Annahme der Satzungen nach dem Vorschlag des Vorsitzenden wurde der Zusammenschluß der freien Arbeitergewerkschaften mit den freien Angestelltenverbänden beschlossen.

Lohnforderungen der Straßenbahner und Bundesangestellten. Wien, 4. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokraten“.) Der Stadtrat hat heute die Erhöhung der Gas- und Strompreise genehmigt. Nachmittags haben dann die Verhandlungen mit den Straßenbahner über neue Lohnforderungen begonnen. Sie wurden noch nicht zu Ende geführt, sondern haben um sechs Uhr neuerdings begonnen. — Die Beratungen der Organisationskommission der Bundesangestellten über die der Regierung zu überreichenden Forderungen haben heute den ganzen Nachmittag gedauert. Die Forderungen dürften morgen der Regierung übermittelt werden.

Kunst und Wissen.

Reines Theater. Heute Mittwoch Bigels „Djamilch“, Donizetti's „Lucia von Lammermoore“, Donnerstag „Die Schauspieler“, Freitag (zweite vollständige Vorstellung) Dellingers Operette „Don Cesar“, Samstag Molnars „Der Teufel“. Samstag 10 Uhr Nachvorstellung „Scheidungsreise“. Sonntag „Das Mädchen aus dem goldenen Westen“.

Aus der Partei.

Einen Kurs für Bildungsfunktionäre

der sozialdemokratischen Kreisorganisationen veranstaltete die Zentralstelle für Bildungswesen am Samstag, den 1. und Sonntag, den 2. Oktober in Prag. Von den 16 Kreisorganisationen hatten 14 ihre Bildungsfunktionäre entsendet. Ferner nahmen daran teil ein Vertreter des Arbeiterjugendbundes, drei Delegierte des sozialistischen Jugendverbandes, eine Vertreterin des Frauenreichscommittees, zwei Vertreter der Zentralstelle für Bildungswesen, insgesamt 27 Kursteilnehmer. Das Unterrichtsprogramm gliederte sich in vier Gruppen: 1. Organisation der Arbeiterbildung; 2. Vortragswesen — Bibliothekstechnik; 3. Jugend- und Kindererziehung; 4. Grundsätze über Festkultur. Den Unterricht des Kurses erteilte Genosse Dr. Josef Luitpold Stern aus Wien. Eine Fülle von praktischen Vorschlägen und Anregungen wurden eingehend beraten. Zur Durchführung in den nächsten Monaten sollen der Zentralstelle vorgeschlagen werden. Die Errichtung von Vertrauensmännerschulen in den einzelnen Kreisen, eine Vortragstournee der Genossen Dr. Julius Deutsch und Julius Braunal aus Wien, die Abhaltung von Bibliothekerschulen in einigen Kreisen, die Veranstaltung von proletarischen Kunststaben und die Herausgabe von Vortragsskizzen. — Der Kurs, der ein Versuch war, die Bildungsorganisatoren der Kreise einheitlich zu schulen, hat alle Teilnehmer voll auf befriedigt und ist der Anfang zu einer gründlichen Organisierung des proletarischen Bildungswesens.

Kreisversammlung in Troppau. Sonntag, den 2. Oktober, tagte im „Volkshaus“ in Troppau die diesjährige Kreisversammlung. Als Delegierter der Reichsparteileitung war Genosse Kremser aus Teschitz erschienen. Die Konferenz wurde nach einem Begrüßungsgedicht des Männergesangsvereines vom Kreisvertrauensmann Genossen Jockl eröffnet. In das Präsidium wurden die Genossen Treula (Jägerndorf), Kowalski (Freistadt), Tih (Troppau) und Genossin Jilg (Wigstabil) gewählt. Den gedruckten vorliegenden Bericht der Kreisvertretung ergänzte Genosse Jockl, der insbesondere den in den letzten Wochen geführten Kampf um das Ernährungswesen besprach. Hieraus wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche die Schuld der bürgerlichen Parteien an dem heutigen Ernährungsleiden feststellt und die Durchführung der Regierungsvorlage in uneingeschränkter Maße fordert. Ueber „Presse“ erstattete Abgeordneter Genosse Jockl Bericht. Es wurden Vorschläge zur Werbung neuer Abnehmer der „Volkspresse“ unterbreitet. An den Bericht knüpfte sich eine längere Debatte, in deren Verlauf verschiedene die Redaktion und die Verwaltung betreffende Wünsche und Beschwerden vorgebracht wurden. Ueber „Organisation und Bildungsarbeit“ berichtete ausführlich Genosse Jockl (Freiwaldau). An dieses Referat knüpfte sich eine Diskussion, in welcher die Redner die Notwendigkeit der Einrichtnahme in die zeitweilig ausliegenden Wählerlisten und der besonderen Aufklärungs- und Bildungsarbeit unter den Frauen besprachen. Zum Kreisvertrauensmann wurde auf Vorschlag eines Wahlkomitees einstimmig Genosse Jockl, zum Kreisassistenten Genosse Proste gewählt. Ueber die Vorarbeiten zur Gründung des Reichsvereines der Kinderfreunde berichtete Genosse Kremser. Genosse Krieger (Troppau) rich-

tete an die Vertrauensmänner den Appell, die Jugendorganisationen in ihren Arbeiten zu unterstützen. Zum Parteitag werden entsendet Genossin Jockl und die Genossen Abgeordneter Deeger und Senator Eisl. Nach Erledigung einiger Anfragen wurde die schon verlaufene Konferenz mit dem „Lied der Arbeit“ geschlossen.

Turnen und Sport.

Eine stolze Arbeiterportorganisation. Der Arbeiterturn- und Sportbund, Sitz Leipzig, hat die halbe Million Mitglieder überschritten (52.999). Sie kommen noch 250.000 Jugendturner. Der Bund besitzt ein großes eigenes Sportgeschäft und eine ständige Bundeshule zur Ausbildung von Lehrkräften und Verbreitung aller wissenschaftlichen Erziehungsmethoden auf dem Gebiete der Leibesübungen. Der Deutsche Arbeiter-Wassersportverein wird mit dem Arbeiterturn- und Sportbund verschmolzen, so daß die Mitgliederzahl 600.000 erreichen dürfte.

Die Leichtathletik in den nordischen Ländern steht auf einer hohen Stufe. Davon zeugen die Meisterschaftskämpfe in Finnland und Schweden, deren Resultate wir anschließend bringen: Die finnischen Leichtathletikmeister schafften wurden in Kocka abgehalten und brachten fünf Rekordleistungen, darunter drei allein von dem vorzüglichen Wiken. Ergebnisse: 100 Meter Härö-Reipas 10,9 Sekunden, 200 Meter derselbe 22,1 Sekunden (Rekord), 400 Meter Wiken-Helsingfors 49,8 Sekunden (Rekord), 800 Meter Wiken-Helsingfors 1 Minute 57 Sekunden (Rekord), 1500 Meter Jirvelä-Nabe 4 Minuten 1,3 Sekunden, 5000 Meter Kurmi 15 Minuten 21,5 Sekunden, 10.000 Meter derselbe 33 Minuten 2,6 Sekunden, 110-Meter-Fürben Wiken-Helsingfors 15,9 Sekunden (Rekord), 400-Meter-Fürben Vengström-Helsingfors 57,7 Sekunden, Hochsprung Kraemer-Wasa 1,805 Meter, Weitsprung Tuules-Tammerfors 6,95 Meter, Dreisprung derselbe 14,40 Meter, Stabhochsprung Raubamas-Viborg 3,70 Meter (Rekord), Kugelstoßen Kotro 24,98 Meter, Diskuswerfen Mitymaa 42,72 Meter, Speerwerfen Postonen-Tammerfors 61,64 Meter. — Die schwedischen Meisterschaftskämpfe in Stockholm ergaben ebenfalls gute Resultate. Sijka 100 Meter in 10,8 Sekunden, 200 Meter in 22,6 Sekunden, Weinarth 400 Meter in 49,8 Sekunden, 800 Meter Lundström 1 Minute 57,1 Sekunden, 1500 Meter Lundström 4 Minuten 2,2 Sekunden (der fünfte in 4 Minuten 7 Sekunden), 5000 Meter Bodmann 15 Minuten 10,8 Sekunden, 10.000 Meter Lundström 32 Minuten 36,6 Sekunden, 110-Meter-Fürbenlauf: Christiernsen 15,8 Sekunden, 4x100-Meter-Staffette 49,5 Sekunden, 4x400-Meter-Staffette: 3 Minuten 28,7 Sekunden, Kugelstoßen: B. Jansson 27,82 Meter (rechs 14,39 Meter), Speerwerfen: Lindström 103,31 Meter (rechs 59,80 Meter), Diskuswerfen: Hallhagen 70,87 Meter (rechs 42,42 Meter), Hammerwerfen: Lindb 50,05 Meter, Hochsprung: Johansson 1,88 Meter, Weitsprung: Abrahamsson 7,04 Meter, Stabhochsprung: Tiren 3,60 Meter, Dreisprung: A. Jansson 14,54 Meter.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Urania.“
„Deutsche Kultur“, Barver Dr. Zilbert, Rehrstübchen Kurs, Beginn: Morgen Donnerstag, 6 1/2 Uhr. 1. „Mythologie“. Karten für den ersten Kurs 20 Kr. Mitgl.-Anmeldungen und Mitgl.-Erneuerung täglich 10—1 und 4—7 Uhr, Smeischlag. 22.

Wir bitten die Leser des Anserat Druckstöckelstab. Kreji, Prag, Narodni tr. 20, besonders zu beachten.

Herausgeber:
Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Stranz
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

DRUŽSTVO ČESKOSLOVENSKÝCH KREJČÍ
MAISON LOUVRE
PRAG, NARODNI TRIDA 20
VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS
AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN
STETER EINGANG VON NEUHEITEN TELEPHON: 7853 4648 ERSTKLASS. SCHNITT UND VERARBEITUNG

Kanalfasse, Inlette, Matratzen
Gradl und Damaste, für Inland u. Export liefert billigst Kronover Erzeugung von Leinen- und Baumwollwaren 58
Viktor Prager,
Prag-II., Truhlfáská ul. Nr. 21, nächst Repräsentationshaus
Telefon 2252

Mit Parteilegitimation 5% Rabatt!
„EPOCHA“
Ungezelefer-Isolierapparat.
Nach ärztlichem Gutachten die einzige hygienische Möglichkeit, von den Wanzenplage wirklich befreit zu werden. Retten Sie Ihr Haus, Wohnung, Möbel und Wäsche, aber vor allem Ihre nächtliche Ruhe. 80
Filiale der Firma Waltera. Gegründet 1857.
„Epocha“ chem. Präparate und Apparate
Prag I., Jakubská 4.
Telephon 3455b.
Berufen Sie sich auf Abt. „Apparate“.

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen
amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen 2
A. Kominik, Prag II., Konecna 9. Telefon 8514-VIII.

Likör- und Essig-Fabrik
B. u. L. Windholz, Brünn. ≡
Spezialitäten. Curacao Triple Sec-Getreidekummel. „Spaniola Griotte.“

Piering-Sent und Essly
151 der Beste!
zu haben in allen Konsum-Vereinen. 47

Ebermanns
Mundwasser — Zahnpulver
das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64
Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen.
Dr. Ebermann, Prag 619-I.

Kanafase, Inlette!
in kompletten Breiten. Chiffone, Damaste, eigene Erzeugung von Arbeiterwäsche, ferner grosse Auswahl in aller Art Barchenten und Kleiderstoffen.
Otto Taussig, Prag I., Dušni 1.
Telephon 8039-VI.
Persönlicher Besuch erwünscht. 126

Für Konsumvereine, Genossenschaften und gewerkschaftliche Organisationen übernimmt zu
Spezialkonditionen 81
die Import- und Export-Expedition
J. H. BASCH, PRAG
Internationale und Übersee-Transporte.

Genossen! Gedenket des Fondes zur Erhaltung eures Zentralorgans.

Konsumvereine führt nur
Libaner Presshete
Zentrale: Prag, Rybná ulice 13.
Fabrik: Liban.